

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Position

Infrastruktur für die Wirtschaft in Oberfranken – Monitoring und Bedarf

Stand: März 2018 / 3. Auflage
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Infrastruktur für Wirtschaft und Menschen in Oberfranken

Um ihre Geschäftstätigkeit erfolgreich ausüben zu können und sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, sind Unternehmen auch auf eine hervorragende öffentliche Infrastruktur angewiesen. Sie benötigen zuverlässige Verkehrssysteme genauso wie eine stabile Energieversorgung, moderne Kommunikationsnetze und leistungsfähige E-Government-Lösungen. Ein verlässliches Gesundheitssystem und flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen sind in Zeiten des Fachkräftemangels so unerlässlich wie hervorragende Bildungsinstitutionen. Mit der Wirtschaft eng vernetzte, hoch innovative Forschungseinrichtungen runden das Bild ab.

Oberfranken hat auf all diesen Feldern wertvolle Stärken, die allerdings regelmäßig zu überprüfen und auszubauen sind, um die Position des Regierungsbezirks und seiner Unternehmen zu sichern. Die weitere Entwicklung muss den regionalen geografischen Gegebenheiten, den regionalen Interessen und den aus den Möglichkeiten des Regierungsbezirks abgeleiteten Bedürfnissen Rechnung tragen.

Die Weiterentwicklung der Infrastruktur ist immer eine besondere Herausforderung – technisch, planerisch, finanziell, aber insbesondere auch politisch. Für eine sachgerechte Auseinandersetzung damit ist es daher umso wichtiger, möglichst vielen Menschen den Blick dafür zu öffnen, welche Handlungsfelder gestaltet und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Infrastruktur zukunftsfest aufzustellen.

Unser vorliegendes Positionspapier zeigt auf, wo die Region heute steht und welche konkreten Schritte erforderlich sind, um den Erfolg Oberfrankens, seiner Unternehmen und der hier beruflich tätigen Menschen langfristig zu sichern.

Bertram Brossardt
22. März 2018

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Standort Oberfranken	3
1.1 Wirtschaft und Industrie	3
1.2 Demografie	4
2 Verkehrsinfrastruktur	7
2.1 Verkehrspolitische Lage und Herausforderungen.....	7
2.2 Verkehrsträgerspezifische Aufgaben und Projekte.....	7
2.2.1 Kapazitätsgerechter Ausbau des Straßennetzes	7
2.2.2 Schienenverkehr weiterentwickeln	9
2.2.3 Binnenwasserstraßen: Möglichkeiten ausschöpfen.....	10
2.2.4 Luftverkehr: überregionale und regionale Versorgung sicherstellen	11
2.2.5 Öffentlicher Personennahverkehr: Verbundsystem ausbauen.....	12
3 Bildungsinfrastruktur	15
3.1 Bildungspolitische Lage und Herausforderungen	15
3.2 Bildungspolitische Aufgaben und Projekte	15
3.2.1 Allgemeinbildende Schulen demografiegerecht stärken.....	15
3.2.2 Berufsschulen und berufliche Oberschulen weiterentwickeln	18
3.2.3 Hochschulen stärker am Bedarf der Wirtschaft ausrichten	19
4 Kommunikationsinfrastruktur.....	23
4.1 Kommunikationsinfrastruktur: Lage und Herausforderung.....	23
4.2 Aufgaben und Projekte im Bereich der Kommunikationsinfrastruktur	23
4.2.1 Leistungsfähige kabelgebundene Breitbandversorgung flächendeckend realisieren	24
4.2.2 Zuverlässige Mobilfunkanbindung flächendeckend realisieren	25
5 Energieinfrastruktur	29
5.1 Energiepolitische Lage und Herausforderungen	29
5.2 Aufgaben und Projekte im Bereich Energie.....	30
5.2.1 Energieerzeugung ausbauen	30
5.2.2 Stromnetze ausbauen.....	31
5.2.3 Energiespeicherung – Technologie weiterentwickeln, Speicher realisieren	32

6	Forschungsinfrastruktur	35
6.1	Forschungsinfrastruktur: Lage und Herausforderungen	35
6.2	Aufgaben und Projekte zur Weiterentwicklung der Forschungsinfrastruktur	35
7	Betreuungsinfrastruktur	39
7.1	Betreuungsinfrastruktur: Lage und Herausforderungen.....	39
7.2	Aufgaben und Projekte zur Weiterentwicklung der Betreuungsinfrastruktur	39
7.2.1	Angebote zur Kinderbetreuung ausweiten	39
7.2.2	Pflegeplätze ausweiten, Tagespflege verbessern	40
8	Gesundheitsinfrastruktur	43
8.1	Lage und Herausforderungen	43
8.2	Spezifische Aufgaben und Projekte	43
8.2.1	Apotheken	43
8.2.2	Ärzte	44
8.2.3	Krankenhäuser	45
8.2.4	Vorsorge- und Reha-Einrichtungen.....	47
8.2.5	Gesundheitsregionen.....	47
9	E-Government	49
9.1	Lage und Herausforderungen	49
9.2	Spezifische Aufgaben und Projekte	49
	Ansprechpartner / Impressum.....	53

Hinweis

Diese Publikation darf nur von den Mitgliedern der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. zum internen Gebrauch sowie zur Unterstützung der jeweiligen Verbandsmitglieder im entsprechend geschlossenen Kreis vervielfältigt, verbreitet und zugänglich gemacht werden. Eine darüberhinausgehende Nutzung – insbesondere die Weitergabe an Nichtmitglieder oder das Einstellen im öffentlichen Bereich einer Homepage – stellt einen Verstoß gegen urheberrechtliche Vorschriften dar.

Position auf einen Blick

Handlungsfelder zur zukunftsfesten Weiterentwicklung der Infrastruktur in Oberfranken

Die *Unternehmerperspektiven 2017* stellen fest: Die Unternehmer in Oberfranken geben der Infrastruktur in ihrem Regierungsbezirk befriedigende Noten, sehen aber Luft nach oben. Auf einer Punkteskala von 0 bis 100 wird die Standortqualität mit 67,8 Punkten bewertet – rund fünf Punkte unter dem bayerischen Durchschnitt. 73,4 Prozent der Unternehmen würden sich wieder in Oberfranken ansiedeln.

Eine leistungsstarke Infrastruktur ist Grundlage für die Weiterentwicklung des attraktiven Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraums Oberfranken mit seinen Teilräumen. Sie muss daher unter besonderer Berücksichtigung der für weite Teile Oberfrankens absehbar schwierigen demografischen Entwicklung zukunftsfest ausgebaut werden.

1. Die Verkehrsnetze Oberfrankens müssen bedarfsgerecht entwickelt und für die Anforderungen ausgestattet werden, die intermodaler Verkehr und moderne Verkehrsflusslenkung mit sich bringen. Wichtig sind den Ausbau der B4 in Coburg und der B303 sowie die Ertüchtigung des Schienenverkehrs durch Elektrifizierung von Hof nach Marktredwitz und über Bayreuth nach Nürnberg. Der ÖPNV muss zu einem Gesamtverbund mit der Metropolregion Nürnberg entwickelt werden.
2. Um die Attraktivität des Bildungsstandortes zu steigern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss Oberfranken in enger Kooperation mit der regionalen Wirtschaft Ganztagesangebote der Schulen ausbauen, Berufsschulstandorte sichern, sowie, angepasst an die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft, neue Studienangebote auch berufsbegleitend speziell in den MINT-Fächern gemeinsam mit den Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften entwickeln.
3. Der Ausbau hoch leistungsfähiger Breitbandnetze muss insbesondere in den schlechter versorgten Teilräumen Oberfrankens konsequent vorangetrieben werden, um die wirtschaftliche Entwicklung in allen Teilräumen des Regierungsbezirks abzusichern. Dies gilt für die kabelgebundenen wie für die mobilen digitalen Netze. Bis 2025 muss das 5G-Netz zügig ausgebaut werden.
4. Nur durch den weiteren Aus- und Umbau der gesamten Energieinfrastruktur, von der Energieerzeugung über den Energietransport bis zur Energiespeicherung, ist eine sichere, nachhaltige und umweltverträgliche Energieversorgung von Wirtschaft und Bevölkerung Oberfranken gewährleistet. Mit einer Anbindung an nationale und internationale Stromautobahnen, der Standortsicherung für erneuerbare Energieerzeugung in der Fläche muss die Energieversorgung nachhaltig abgesichert werden.

5. Um die Basis für wirtschaftlichen Erfolg weiter abzusichern, müssen Innovationspotenziale der Hochschulen und Forschungseinrichtungen noch besser als bisher in die Unternehmen transferiert und die Kooperation weiter verbessert werden.
6. Angesicht des demografischen Wandels in Oberfranken müssen Kinderbetreuungsmöglichkeiten, speziell für unter Dreijährige, auch abseits der großen Städte weiter ausgebaut und, ebenso wie Betreuungsangebote für pflegebedürftige Angehörige, regional konsequent mit den Unternehmen abgestimmt werden.
7. Durch stärkere Kooperation und Vernetzung der Bereiche Medizin, Technologie, Gesundheit und Tourismus müssen die gesundheitswirtschaftlichen Potenziale der Region so ausgebaut werden, dass in Kombination mit durchdachten Maßnahmen zur Angebotssicherung im ländlichen Raum die Qualität des Gesundheitswesens als Standortargument für Unternehmen überzeugt.
8. Die Entwicklung moderner, transparenter und effizienter E-Government-Lösungen speziell in den Kommunen Oberfrankens muss es Unternehmen und Arbeitnehmern erlauben, Verwaltungsvorgänge papierfrei und einfach über das Netz zu erledigen. Dabei geht es weniger um Insellösungen, als vielmehr um flächendeckende und standardisierte Angebote.

1 Standort Oberfranken

Infrastrukturelle Gegebenheiten für den Regierungsbezirk

Oberfranken liegt im Herzen Europas. Die frühere Grenzregion befindet sich auf halbem Weg zwischen München und Berlin, Paris und Warschau und ist heute ein Tor zu den Staaten Mittel- und Osteuropas.

In der Studie Standort Bayern: *Unternehmerperspektiven 2017* attestieren die befragten Unternehmer Oberfranken mit einem Punktwert von 67,8 (Maximum 100) eine befriedigende, gegenüber den Vorjahren leicht steigende Standortqualität. 73,4 Prozent der Unternehmen würde sich erneut im Regierungsbezirk ansiedeln.

1.1 Wirtschaft und Industrie

Oberfranken ist insgesamt eher ländlich geprägt und besitzt mit den Städten Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof vier Oberzentren. Die vielfältigen ländlichen Räume Oberfrankens sind weit mehr als bloße Rückzugs- und Ausgleichsräume. Viele mittelständische Familienunternehmen sind tief in der Region verwurzelt und bilden das Rückgrat der oberfränkischen Wirtschaft. Die Bandbreite reicht vom Maschinenbau, der Automobilzulieferindustrie, Kunststoffverarbeitung, über die Bio-Systemforschung, High-Tech-Medizin, Lasertechnologie, Elektromobilität und Umwelttechnik bis hin zur Elektronik.

Oberfranken hat unter den Regionen Europas – bezogen auf die Zahl der Beschäftigten – die zweithöchste Industriedichte. Aktuell bilden der Maschinenbau mit 21,6 Prozent sowie die Herstellung von Kunststoffwaren und Metallerzeugnissen mit 21,5 Prozent der Beschäftigten Schwerpunkte. Oberfranken bleibt das Zentrum der deutschen Porzellan- und Polstermöbelindustrie sowie ein Schwerpunkt der deutschen Textilindustrie. Der Industriebericht Bayern 2017 weist für Oberfranken in den Branchen Bekleidung, Textilien, Möbel, Glas / Keramik sowie Gummi- / Kunststoffwaren und Lederwaren / Schuhe einen höheren Beschäftigungsanteil als im deutschen Durchschnitt aus, wobei es sich um hochmoderne und innovative Arbeitsplätzen handelt. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2017 bei 3,5 Prozent und damit etwas über dem bayernweiten Durchschnitt von 3,2 Prozent.

Mit ihren Ideen und Entwicklungen können sich Unternehmen aus Oberfranken im internationalen Wettbewerb erfolgreich behaupten oder sind sogar Weltmarktführer. Oberfranken besitzt darüber hinaus die höchste Brauereidichte der Welt und ebenso die höchste Dichte bei Metzger- und Bäckereibetrieben in Deutschland.

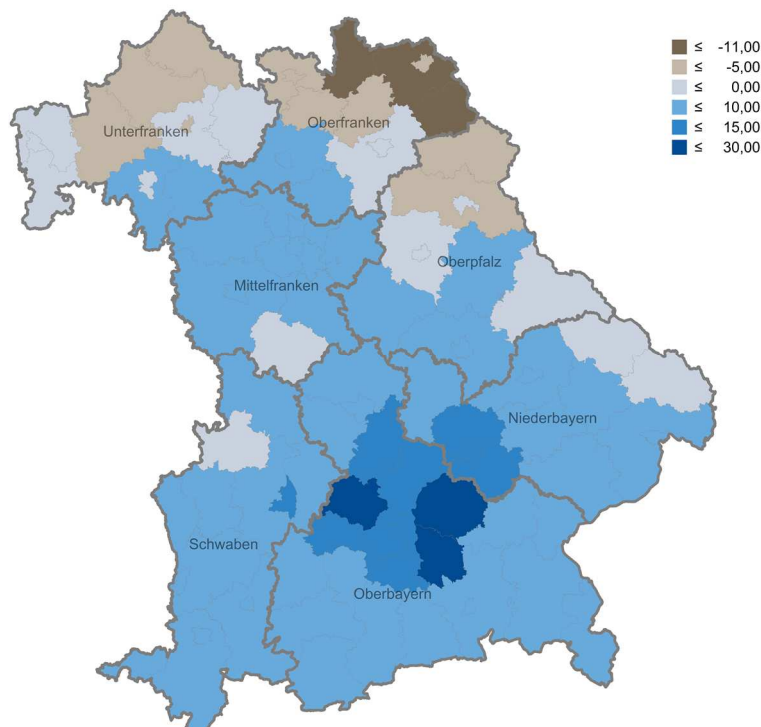
1.2 Demografie

Der regionale Bedarf auf den für die Entwicklung des Regierungsbezirks wichtigen Handlungsfeldern ist deutlich von der demografischen Entwicklung geprägt. Abbildung 1 verdeutlicht die bevorstehende Veränderung anhand der Bevölkerungsprognose 2035 des Statistischen Landesamtes Bayern für die Landkreise und kreisfreien Städte. Danach wird knapp ein Drittel der bayerischen Landkreise und circa ein Viertel der kreisfreien Städte schrumpfen.

Oberfranken ist mit einer geschätzten Abnahme um 5,1 Prozent bis zum Jahr 2035 vom demografischen Wandel am deutlichsten aller Regierungsbezirke betroffen. Es zeigt sich jedoch, dass die prognostizierte Bevölkerungsabnahme deutlich geringer ausfällt, als von früheren Berechnungen vorausgesagt. Insgesamt fällt die Bevölkerungsentwicklung im Süd-Westen des Regierungsbezirks (Stadt und Landkreis Bamberg, Landkreis Forchheim) positiver aus, während gerade im Nord-Osten (Landkreise Hof, Kronach, Kulmbach und Wunsiedel) nach der derzeitigen Prognose noch mit deutlichen Rückgängen zu rechnen ist.

Abbildung 1

Prognose der Bevölkerungsentwicklung in den Kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns; Veränderung 2035 gegenüber 2015 in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt Bayern, Bevölkerungsprognose Bayern 2035, eigene Grafik

Die Bevölkerungsabnahme in Oberfranken geht mit einem wachsenden Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung einher. So wird der Altenquotient (Anteil der über 65-jährigen gemessen an den Personen im Alter zwischen 20 und 64) von derzeit 36,1 Prozent auf 57,8 Prozent im Jahr 2035 steigen und dann um 10,5 Prozent über dem bayerischen Durchschnitt liegen. Sofern Zuwanderung stattfindet, erfolgt sie durch Menschen im Erwerbsalter. Mit dem Rückgang der Bevölkerung schwinden Nachfrage und Steuerkraft. Veränderungsbedarfe müssen aus diesem Grund rechtzeitig erkannt und konsequent umgesetzt werden.

2 Verkehrsinfrastruktur

Bedarfsgerechte Investitionen in den Ausbau des Verkehrsnetzes

Oberfrankens Verkehrsinfrastruktur muss konsequent an den Mobilitätsbedarf der Zukunft angepasst werden. Dazu müssen die regionalen wie die überregionalen Verkehrswege von der Straße über die Schiene und den Luftverkehr bis hin zu den Wasserstraßen der Region, dem Rhein-Main-Donau-Kanal und dem Main, leistungsfähig gehalten werden. Darüber hinaus müssen die Verkehrsnetze ausgebaut und technisch für die Anforderungen ausgerüstet werden, die insbesondere Transportketten mit verschiedenen Verkehrsträgern und eine moderne Verkehrsflusslenkung mit sich bringen. Nur mit neuen, zukunftsweisenden Technologien kann das Verkehrswachstum effizient und umweltgerecht bewältigt werden.

2.1 Verkehrspolitische Lage und Herausforderungen

Die Industriedichte in Oberfranken ist hoch, so dass der Güterverkehr weiterhin eine wesentliche Rolle spielen wird. Der Regierungsbezirk hat aufgrund seiner Lage ferner sowohl für den Nord-Süd- wie auch den Ost-West-Verkehr eine wichtige Schlüsselposition für den Durchgangsverkehr.

2.2 Verkehrsträgerspezifische Aufgaben und Projekte

2.2.1 Kapazitätsgerechter Ausbau des Straßennetzes

2.2.1.1 Ausbaufortschritte

Bei einer Reihe von Straßenverkehrsprojekten gab es in den letzten Jahren Fortschritte. Der Stand der laufenden Projekte kann aus Tabelle 1 abgelesen werden.

Tabelle 1

Monitoring Straßenverkehrsprojekte in Planung oder Bau

Projekt	Entwurfsplanung	Baurechtliches Genehmigungs- verfahren	Bau
B173 Vierstreifiger Ausbau zur Anbindung der Wirtschaftsräume Lichtenfels, Kronach und Kulmbach an das Autobahnnetz			
OU Zettlitz - Oberlangensstadt	S Q3/2015		
Lichtenfels - Zettlitz 2. BA	S Q1/2015		
Lichtenfels - Zettlitz 3. BA		A Q1/2017	
OU Zeyern			S Q3/2016
Johannisthal - Kronach		A Q2/2016	
B289 Verlegung Kulmbach/Ost – Untersteinach			
OU Untersteinach			S Q3/2017
OU Kauerndorf		A Q3/2009	
B303 mindestens vierstreifiger Ausbau zwischen A 9 und Bundesgrenze bei Schirnding			
OU Schirnding 2. Fahrbahn			S Q3/2017
OU Stadtsteinach		A Q3/2009	
B505 Mindestens vierstreifiger Ausbau zwischen Bamberg und A 3			
Ausbau nördlich Zenbechhofen (3-streifig)		S Q3/2017	
Ausbau nördlich Pommersfelden (dreistreifig)			A Q2/2013
B289			
OU Münchberg		A Q3/2017	

Quelle: Oberste Baubehörde, eigene Grafik
Legende: Q1 – Q4 = Quartale; A = abgeschlossen; S = gestartet.

Der im Jahr 2016 neu aufgestellte Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) enthält für Oberfranken wichtige Projekte, die durch ihre Einordnung in den „Vordringlichen Bedarf“ oder den „Vordringlichen Bedarf – Engpassbeseitigung“ besondere Priorität genießen und somit eine schnellere Realisierungschance haben. Zu ihnen gehören die folgenden wichtigen Straßenbauprojekte:

- B4 – Ausbau in Coburg (Weichengereuth)
- B22 – Ortsumgehung Eckersdorf
- B 303 – Ausbau zwischen A 70 und Coburg (alternativ: Schaffung wechselnder Überholmöglichkeiten)

- B303 – Ortsumgehung Stadtsteinach

2.2.1.2 Bewertung und weitere Projekte

Nach der Studie *Unternehmerperspektiven 2017* beurteilen 52,6 Prozent der oberfränkischen Unternehmer die Straßenverkehrsinfrastruktur als gut oder sehr gut, was in etwa dem bayerischen Durchschnitt entspricht. Allerdings sehen auch 73,9 Prozent der Unternehmer die Notwendigkeit für zusätzliche Investitionen.

Das Monitoring zeigt, dass die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Oberfranken an vielen Stellen angepackt wurde. Es gilt nun, die Projekte zügig fertigzustellen. Folgende, seit langem anstehenden Projekte, müssen in Angriff genommen werden:

- B 2 – Ortsumgehung Konradsreuth und Erschließung des Flugplatzes
- B 22 – Ausbau zwischen Weiden und Bayreuth (alternativ: Schaffung von wechselnden Überholmöglichkeiten)
- B 85 – Ausbau zwischen Kulmbach und Unterbrücklein (Schaffung von wechselnden Überholmöglichkeiten) sowie Ortsumgehung Pressig
- B 173 – Ausbau östlich von Haidt – A 93 AS Hof/Ost und Ausbau in Richtung Autobahn A 93 ab Stadtgrenze Hof
- B303 – Weiterführung des begonnenen Ausbaus von Schirnding bis nach Coburg

2.2.2 Schienenverkehr weiterentwickeln

Eine gute Schieneninfrastruktur ist für Unternehmen und Mitarbeiter von großer Bedeutung. Dabei muss alles unternommen werden, um die Anbindung Oberfrankens an die Fernverkehrsverbindungen Nürnberg – Berlin sowie Nürnberg – Prag zu verbessern, damit die Region vom hochwertigen europäischen Personen- und Güterbahnverkehr profitieren kann. Defizite weist auch die Schieneninfrastruktur in Ost-Oberfranken auf, die in wichtigen Abschnitten nicht elektrifiziert ist.

2.2.2.1 Ausbaufortschritte

In den letzten Jahren sind folgende Schienenprojekte abgeschlossen worden:

- Die Inbetriebnahme der ICE-Hochgeschwindigkeitstrasse Nürnberg – Berlin erfolgte mit Beginn des Winterfahrplans 2017/18.
- Im Dezember 2015 wurde auf der Bahnstrecke Hof – Eger der Betrieb aufgenommen.

Folgende Projekte wurden in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 eingestellt und haben somit gute Realisierungschancen:

- Elektrifizierung Hof – Regensburg

- Elektrifizierung von und nach Marktrechwitz bis zur Bundesgrenze
- Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale

2.2.2.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die *Unternehmerperspektiven 2017* zeigen auf, dass die oberfränkische Wirtschaft mit der Infrastruktur des Schienenverkehrs wenig zufrieden ist: lediglich 26,2 Prozent bewerten diese als gut oder sehr gut; das liegt unter dem bayerischen Durchschnitt von 30,2 Prozent. Weitere Investitionen in den Schienenverkehr fordern 62,6 Prozent der Unternehmen.

Ein zentraler Fortschritt bei der Anbindung Oberfrankens an den Schienenfernverkehr ist die Inbetriebnahme der ICE-Strecke Nürnberg – Berlin mit den Halten in Bamberg und Coburg im Dezember 2017. Darüber hinaus zeigt der BVWP 2030, dass eine Reihe weiterer für Oberfranken wichtiger Schienenvorhaben Priorität genießt.

Um das Bahnnetz in Oberfranken zu ertüchtigen, muss die Elektrifizierung von Hof nach Süden weitergeführt werden, zum einen in Richtung Marktrechwitz (mit Abzweig nach Schirnding) nach Regensburg (auch wegen des Seehafenhinterlandverkehrs), zum anderen über Bayreuth nach Nürnberg. Zu letzterem gehört auch die Elektrifizierung der sogenannten „Oberfrankenachse“ über Lichtenfels – Hof, die Ost- und Westoberfranken miteinander verbindet. Übergangsweise könnten zumindest hybride Bedienformen auf der bestehenden Trasse zu realisieren sein.

Über die in 2.2.2.1 genannten Vorhaben hinaus gilt es, auch die nachfolgenden, in der Region schon lange geforderten Projekte zu realisieren:

- Reaktivierung der Werratal-Bahn zur Anbindung an den ICE-Bahnhof Coburg
- Anbindung zum Flughafen München über die Strecke Hof – Regensburg

Um auch in Zukunft ausreichend Kapazitäten bereitzustellen, müssen bedarfsgerecht zusätzliche ICE-Halte in Bamberg und Coburg eingerichtet werden.

2.2.3 Binnenwasserstraßen: Möglichkeiten ausschöpfen

Binnenwasserstraßen sind bedeutende, umweltgerechte Güterverkehrswege, die noch über ausreichend Kapazitätsreserven verfügen. Jedoch genügen Schiffe und Schubverbände den Anforderungen an moderne Transport- und Logistikabläufe nur, wenn sie ganzjährig bei optimalen Wasserverhältnissen fahren können. Deshalb muss der restliche Ausbau des Mains zwischen Kitzingen bis Bamberg umgehend erfolgen.

Für Oberfranken sind die Bundeswasserstraßen Rhein-Main-Donau-Kanal und der Main wichtige Verkehrsträger im europäischen Schifffahrtsnetz. Sie verbinden den Rhein mit der Donau zu einer 3.500 Kilometer langen transkontinentalen Wasserstraße.

2.2.3.1 Ausbaufortschritte

Zurzeit laufen Planungen und vorbereitende Maßnahmen für den Ausbau der bislang 2,50 m tiefen Fahrrinne oberstrom von Würzburg bis nach Bamberg auf eine Fahrrinntiefe von 2,90 m.

2.2.3.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Es ist zu begrüßen, dass der Mainausbau sowie die Sanierung der Uferbereiche, Schleusen und Stauhaltungen entlang des Mains in Bayern vorankommt. Dies ist wichtig, um den Wasserweg für den nationalen und internationalen Transport interessant zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens Bamberg zu erhalten.

2.2.4 Luftverkehr: überregionale und regionale Versorgung sicherstellen

Eine zeitsparende Anbindung an überregionale Flughäfen ist für viele international tätige Unternehmen von Bedeutung. Der Wirtschaftsstandort Oberfranken hat zu den internationalen Flughäfen Frankfurt und München jeweils zwischen 200 bis 300 km weite Anfahrtswege, die wegen der stark mit Verkehr belasteten Autobahnen nur unter großem und schlecht prognostizierbarem Zeitaufwand zu erreichen sind.

Ein kleiner, aber für den Geschäftsreiseverkehr und das Image der Region wichtiger Baustein in der regionalen Verkehrsinfrastruktur sind leistungsfähige regionale Verkehrslandeplätze. Sie sind ein Standortvorteil bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raums in Oberfranken. Bei der Standortwahl exportorientierter und international tätiger Unternehmen sind zügig erreichbare Flughäfen und Verkehrslandeplätze von zunehmender Bedeutung und gehören inzwischen zur infrastrukturellen Grundausstattung.

2.2.4.1 Ausbaufortschritte

Die Stadtwerke Bamberg als Betreiberin des Sonderlandeplatzes Bamberg-Breitenau und die Projektgesellschaft Verkehrslandeplatz Coburg mbH (PG) treiben derzeit die weiteren Planungen für die Realisierung der sogenannten Kombilösung voran. Ziel ist die Ertüchtigung der Flugplätze Bamberg-Breitenau und Coburg-Brandensteinebene für dauerhaften Instrumentenflugbetrieb. So sollen künftig die kleineren Flugzeuge in Coburg und die größeren Flugzeuge bis 10 t in Bamberg unter Instrumentenflugbedingungen starten und landen können. Das Planfeststellungsverfahren für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes in Coburg ist in Abhängigkeit von der Umsetzbarkeit der Kombilösung derzeit ruhend gestellt.

Der Verkehrslandeplatz Hof-Plauen als Schwerpunktlandeplatz ist eine wichtige Einrichtung der regionalen Verkehrsinfrastruktur. Zuletzt wurde mit staatlichen Mitteln die technische und energetische Sanierung des Towers, die Anschaffung eines modernen

Feuerlöschfahrzeuge sowie die Modernisierung verschiedener technischer Einrichtungen bezuschusst.

2.2.4.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Lediglich 22,2 Prozent der in den *Unternehmerperspektiven 2017* befragten Unternehmen beurteilen die Luftverkehrsinfrastruktur als gut oder sehr gut – das liegt deutlich unter dem bayernweiten Durchschnitt von 49,5 Prozent. Allerdings sehen nur 35 Prozent der Unternehmer die Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen in diesem Bereich.

Die avisierten Verbesserungen sind zu begrüßen. Es wird insbesondere darauf ankommen, den luftfahrttechnischen Ausbau Bamberg / Coburg zügig umzusetzen, um den international agierenden Unternehmen der Region eine adäquate luftverkehrstechnische Anbindung zu ermöglichen.

2.2.5 Öffentlicher Personennahverkehr: Verbundsystem ausbauen

Der ÖPNV ist für die Erreichung von Arbeitsplätzen, Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen unerlässlich und bedeutet Mobilität und Unabhängigkeit – vor allem für Schüler und Senioren. Laut *Unternehmerperspektiven 2017* zählt er zu den wichtigen Standortfaktoren, die es zu verbessern gilt. Gerade im ländlich geprägten Oberfranken hat die Forderung nach einem verstärkten Engagement der Kommunen für einen flächendeckenden ÖPNV Gewicht.

Die Landkreise Bamberg, Forchheim und Bayreuth sowie die Städte Bamberg und Bayreuth profitieren von ihrer Anbindung an den Verkehrsverbund des Großraums Nürnberg (VGN). Häufig ist der ÖPNV in Oberfranken aber nur auf Landkreisebene organisiert. Ein die Regionen übergreifender Zusammenschluss ist noch nicht realisiert.

2.2.5.1 Ausbaufortschritte

In der Frage des Zusammenschlusses mit dem Verkehrsverbund Nürnberg ist es punktuell zu Verbesserungen gekommen. So ist der Landkreis Lichtenfels am 01.01.2015 Teil des Verkehrsverbunds geworden.

2.2.5.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die begonnene Weiterentwicklung des ÖPNV in Oberfranken muss weiterverfolgt werden, so dass eine Vertaktung des ÖPNV für ganz Oberfranken und die Anbindung an den Verkehrsverbund Nürnberg vollständig gelingt. Insbesondere wäre es zu begrüßen, wenn die Landkreise Coburg und Kulmbach sowie die kreisfreien Städte Hof und Coburg dem Beispiel des Landkreises Lichtenfels folgen und ebenfalls dem Verkehrs-

verbund beitreten würden. Damit könnte die Entwicklung eines angestrebten Gesamtverbunds sinnvoll vorangetrieben und eine bessere Vernetzung der Regionen untereinander erreicht werden.

3 Bildungsinfrastruktur

Erfolgsfaktor Bildung vor Ort stärken

Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes. Deshalb müssen das deutsche und bayerische Bildungssystem von der Vorschule / Schule über die berufliche Bildung bis hin zur Weiterbildung ständig fortentwickelt, die Bildungsqualität weiter verbessert und die Bildungsbeteiligung erhöht werden. Vor Ort geht es in erster Linie um Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote, flexible Öffnungszeiten, ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen.

Gemäß der *Unternehmerperspektiven 2017* beurteilen 53,4 Prozent der mittelfränkischen Unternehmer die Bildungsinfrastruktur in der Region mit „gut“ oder „sehr gut“. Das liegt unter dem bayernweiten Durchschnitt von 60,3 Prozent.

3.1 Bildungspolitische Lage und Herausforderungen

Oberfranken verfügt über eine breit ausgebaute, leistungsfähige Bildungsinfrastruktur, die alle Bildungsarten umfasst und gute Chancen zu einer hochwertigen Aus- und Weiterbildung bietet. Der demografische Wandel wirkt sich auch auf die Bildungsinfrastruktur aus und führt an einzelnen Schulen zu nachlassenden Schülerzahlen. Gleichzeitig besteht in allen Regionen Oberfrankens Handlungsbedarf bei der Fachkräftesicherung. Die Optimierung der Bildungsinfrastruktur ist deshalb eine Daueraufgabe. Denn nur mit genügend gut ausgebildeten Schul- und Hochschulabgängern sowie qualifizierten Absolventen einer dualen Berufsausbildung können die Unternehmen ihren Fachkräftebedarf langfristig decken. Das gilt insbesondere für den Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Darüber hinaus werden Ganztagesangebote stärker nachgefragt. Notwendig ist auch eine gute Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen in Oberfranken.

3.2 Bildungspolitische Aufgaben und Projekte

3.2.1 Allgemeinbildende Schulen demografiegerecht stärken

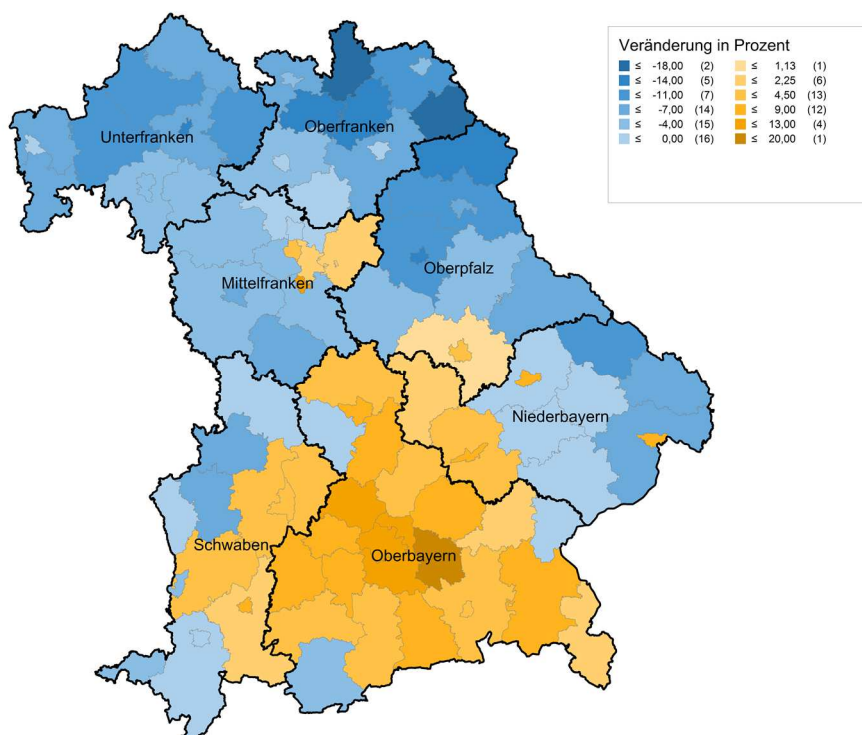
Das Bildungssystem braucht noch mehr Bildungsqualität, mehr Bildungsbeteiligung und mehr Partizipationsgerechtigkeit, um künftigen Herausforderungen, wie z. B. demografischen oder technologischen Entwicklungen, gewachsen zu sein. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich Kompetenzen entwickeln, die es ihnen ermöglichen, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein.

Die nachstehende Abbildung 4 zeigt die prognostizierte Entwicklung der Zahl der in Bayern lebenden Kinder unter sechs Jahren im Zeitraum 2015 bis 2035. Der dabei zu verzeichnende Rückgang der Kinderzahl um 10,2 Prozent bis zum Jahr 2035 gegenüber 2015 lässt auf zurückgehende Schülereintritte in die Grundschule in der zweiten Hälfte des dritten Jahrzehnts schließen. Je nach Region fallen die Zahlen unterschiedlich aus. Ein Rückgang ist insbesondere im Landkreisen Kronach (- 21,4 Prozent), Wunsiedel (- 19,3 Prozent), Kulmbach (- 16,6 Prozent) und Lichtenfels (- 15,6 Prozent) zu erwarten. In den Oberzentren Oberfrankens fällt der Rückgang moderater aus und bewegt sich zwischen - 2,8 Prozent (Bamberg) und - 5,5 Prozent (Coburg).

Allerdings zeigen die aktuellen Zahlen zum Schuleintritt derzeit wieder nach oben: vom Tiefpunkt im Schuljahr 2013/14 (7.951 Schuleintritte) bis zum Schuljahr 2017/18 (8.293 Eintritte) ist ein Zuwachs zu verzeichnen. Die Zahl der Grundschulklassen ist von 1.574 im Jahr 2014 auf 1.625 im Jahr 2017 gestiegen.

Abbildung 4

**Bevölkerungsprognose 2015 bis 2035 –
Veränderung der Zahl der Kinder von null bis unter sechs Jahren zwischen 2015
und 2035 in Prozent**



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt; eigene Prozentberechnung und Darstellung

Oberfranken bleibt aber insgesamt Bayerns der am stärksten vom demografischen Wandel betroffene Regierungsbezirk in Bayern. Damit werden dem Bildungssystem in

Oberfranken in den kommenden Jahrzehnten zunehmend Schüler und der oberfränkischen Wirtschaft vermehrt Auszubildende und Berufsanfänger fehlen.

3.2.1.1 Ausbaufortschritte

Dem derzeit langfristig abzusehenden tendenziellen Rückgang der Schülerzahlen an den Grundschulen begegnet man in Oberfranken verstärkt mit Jahrgangskombinationen und weiteren pädagogischen Maßnahmen. So gibt es im laufenden Schuljahr 183 jahrgangsgemischte Klassen, vor allem im ländlichen Raum. Im Schuljahr 2012/13 gab es erst 110 jahrgangsgemischte Klassen. Zum Schuljahr 2017/18 bestehen in Oberfranken insgesamt 93 Mittelschulen in 26 Schulverbünden, zum Teil schulamts- bzw. bezirksübergreifend.

Nimmt man die Zahlen aus dem Schuljahr 2017/18, so gibt sich folgende Entwicklung bei der Ganztagesbetreuung (Werte aus dem Schuljahr 2012/13 in Klammern):

- An 24 Grundschulen (25) gibt es 77 gebundene Ganztagsklassen (74).
- An 39 Mittelschulen (40) gibt es insgesamt 160 gebundene Ganztagsklassen (139).
- Es gibt insgesamt 275 offene Ganztagesangebote (253) an allen weiterführenden Schulen.

Insgesamt ist die Tendenz bei diesen Angeboten leicht steigend. Dies spiegelt auch die langfristige Tendenz bei der Zahl betreuter Schüler wider: Gegenüber dem Schuljahr 2012/13 hat die Zahl der betreuten Schulkinder in der Grundschule im Schuljahr 2016/17 um knapp 25 Prozent auf 18.061 Kinder zugenommen. Das entspricht einer Betreuungsquote von knapp 53,6 Prozent.

Zur Unterstützung der digitalen Bildung an Schulen steht das „Oberfränkische Netzwerk Digitale Bildung“ zur Verfügung, das Schulen bei der Vermittlung des Umgangs mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützt.

3.2.1.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Angesichts der demografischen Entwicklungen sind die richtigen Weichenstellungen eingeleitet. Mit der Bildung von jahrgangsgemischten Klassen wird ein wohnortnahes Grundschulangebot vorgehalten.

Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Ganztagesangeboten in Oberfranken ist zu begrüßen. Dabei gilt aber, dass rhythmisierte Ganztageslösungen über alle Formen all-gemeinbildender Schulen zu einem flächendeckenden Angebot ausgebaut werden müssen.

Die Vermittlung digitaler Kompetenzen muss stärker Gegenstand von Bildungsangeboten sein. Der Ansatz des Oberfränkischen Netzwerks Digitale Bildung ist somit zu begrüßen.

Neben der Steigerung der Bildungsqualität in Oberfranken müssen folgende Aufgaben im Fokus stehen:

- Die Kommunen müssen bei der Schulentwicklung auf die sich verändernden Rahmenbedingungen passgenaue und individuelle Antworten finden. Ziel ist, wohnortnahe Schulangebote in der Fläche zu erhalten und effiziente Strukturen zu schaffen, die zukunftsfähig und nachhaltig sind.
- Um den drohenden Schulschließungen zu begegnen, müssen unterschiedliche Kooperationsformen, beispielsweise zwischen Mittelschulen und Realschulen, ermöglicht werden. Über die genaue Ausgestaltung der Kooperationen müssen die am Schulleben beteiligten Akteure vor Ort individuell entscheiden können.
- Die Angebote im ÖPNV bzw. Schulbusverkehr müssen eine bedarfsgerechte Anbindung der Schulstandorte in vertretbarer Zeit ermöglichen.
- Die Einführung der Koordinatoren für Berufliche Orientierung an jedem Gymnasium in Bayern, mit der Aufgabe der internen und externen Vernetzung und Beratung, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Jetzt gilt es, die neue Funktion effizient zu implementieren.
- Die Option, am neuen neunjährigen Gymnasium das Abitur auch in acht Jahren ablegen zu können, soll keine Ausnahme bleiben, sondern flächendeckend umgesetzt werden. Bei der qualitativen Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums muss als Leitlinie die begabungsgerechte und differenzierte Förderung aller Schüler gelten.

3.2.2 Berufsschulen und berufliche Oberschulen weiterentwickeln

Das Berufsbildungssystem in Deutschland ist attraktiv, vermittelt hochwertige berufliche Handlungskompetenzen und Qualifikation. Es schafft hohe Übergangsquoten in den Arbeitsmarkt und damit im europäischen Vergleich eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Die duale Ausbildung stellt die tragende Säule des Berufsbildungssystems dar. Durch die Kombination von theoretischer Vermittlung in der Berufsschule und praxisnaher Anleitung im Betrieb bietet die duale Ausbildung einen optimalen Start in das Berufsleben.

Die Berufsschulen in Oberfranken fungieren als Kompetenzzentren für unterschiedliche Berufsfelder. Sie decken unterschiedlichste Berufe bzw. Berufsfelder ab, von der Elektrotechnik über die Metalltechnik, Bautechnik, Körperpflege, Ernährung, IT-Technik, Wirtschaft, Farb- und Raumgestaltung, Holztechnik, Hauswirtschaft, Kürschnerei, Agrarwesen, Druck- und Medientechnik, Gastronomie und Chemie bis hin zur Kosmetik.

Aufgrund zurückgehender Schülerzahlen werden Berufsschulen zukünftig ihr Spektrum an Ausbildungsberufen nicht mehr wie heute anbieten können. Helfen kann die gemeinsame Beschulung verwandter Berufe bzw. Berufsbilder.

3.2.2.1 Ausbaufortschritte

In Oberfranken ist die Zahl der beruflichen Schulen weitgehend stabil (Werte: Schuljahr 2016/17; Schuljahr 2013/14 in Klammern): Es gibt neun (9) Wirtschaftsschulen, 17 (17) Berufsschulen, 37 (37) Berufsfachschulen, 53 (53) Berufsfachschulen des Gesundheitswesens, 24 (23) Fachschulen und 8 (7) Fachakademien mit vielfältigen beruflichen Ausprägungen.

3.2.2.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die Weiterentwicklung der Angebote der Berufsschulen und beruflichen Oberschulen muss am Bedarf der Wirtschaft orientiert und unter Berücksichtigung der demografischen Gegebenheiten erfolgen. Dabei gilt es zu beachten:

- Die bestehenden und ggf. neuen Schulstrukturen müssen sinkenden bzw. steigenden Schülerzahlen durch die Entwicklung von Konzepten, pädagogischer Maßnahmen und Bildungsinitiativen begegnen.
- Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs muss den Bedarfen der Berufsschülerinnen und Berufsschüler Rechnung tragen.

Darüber hinaus kommt es langfristig darauf an, folgenden Themen mit individuellen Konzepten vor Ort zu begegnen:

- Weiterentwicklung bzw. Anpassung der Berufsschulstandorte und ihrer Angebote vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Oberfranken, um die hohe Qualität an Berufsschulen sicherzustellen bzw. weiter zu verbessern (z. B. durch Schaffung regionaler Kompetenzzentren).
- Stärkung der Kooperation der beiden Lernorte Berufsschule und Betrieb, um die berufliche Ausbildung zu optimieren (z. B. durch die Einrichtung Runder Tische, die Stärkung der Rolle der Berufsschulbeiräte oder die Schaffung eines integrierten Berufsschulplans).

3.2.3 Hochschulen stärker am Bedarf der Wirtschaft ausrichten

Hochschulen leisten einen elementaren Beitrag, wenn es darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft zu erhalten. Denn die Unternehmen im Freistaat brauchen hervorragend ausgebildete Hochschulabsolventen. Grundlage dafür ist ein Hochschulsystem, das die Exzellenz der Ausbildung sichert, die Qualität und Vielfalt des Studiums garantiert und international wettbewerbsfähig ist. Damit Wirtschaft und Wissenschaft innovationsfähig bleiben, ist es notwendig, dass Unternehmen und Hochschulen Wissen eng vernetzen.

3.2.3.1 Ausbaufortschritte

An den Universitäten in Bayreuth und Bamberg sowie den Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Coburg und Hof sind im Wintersemester 2017/2018 zusammen mehr als 34.400 Studierende eingeschrieben – das sind 8,8 Prozent aller Studierenden in Bayern und ein Zuwachs von 20,5 Prozent gegenüber dem WS 2011/12. In den MINT-Fächern hat die Zahl der Studierenden von 8.805 (WS 2012/13) auf 10.347 (WS 2016/17) zugenommen – ein Zuwachs von 17,5 Prozent. Die Zahl der Studierenden in dualen Studiengängen steigt leicht. Waren es im WS 2014/15 insgesamt 497 Studenten, so stieg die Zahl im WS 2016/17 auf 613.

Die vier Hochschulen nutzen die räumliche Nähe für Synergieeffekte. Im Rahmen der 2011 gegründeten TechnologieAllianzOberfranken (TAO) kooperieren alle vier oberfränkischen Hochschulen in Forschung und Lehre bei den Themenfeldern Energie, Mobilität sowie Werkstoffe und Informationstechnologie (IT) / Sensorik. Seit 2005 gibt es darüber hinaus eine Kooperation der Universität Erlangen-Nürnberg und der HAW Coburg in der Versicherungswissenschaft.

Der „Coburger Weg“ ist ein Projekt der Hochschule Coburg, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit einem Gesamtvolumen von 16,2 Mio. Euro von 2011 bis 2020 gefördert wird. Mit dem Projekt sollen die Studienbedingungen verbessert und die Studierfähigkeit erhöht werden. Im Zentrum steht die individuelle Förderung der Studierenden sowie eine interdisziplinäre Ausrichtung der Studiengänge.

Mitte 2017 hat die Bayerische Staatsregierung grünes Licht für einen neuen Hochschul-Campus im Bereich Lebensmittel am Standort Kulmbach gegeben. In Kronach wurde der Master-Studiengang Zukunftsdesign gestartet. 2012 wurde die Hochschule der Bayerischen Wirtschaft gestartet, die auch in Bamberg angesiedelt ist und Studienangebote in den Bereichen Betriebswirtschaft, Wirtschaftsingenieurwesen und Maschinenbau bietet.

3.2.3.2 Bewertung und weiterer Bedarf

In den *Unternehmerperspektiven 2017* beurteilen lediglich 15,8 Prozent der Unternehmer die Verfügbarkeit von Absolventen in den MINT-Fächern mit gut oder sehr gut.

Die Fachkräfteengpässe im Bereich MINT zeigen, dass der hohe Bedarf an Absolventen – insbesondere in der Informatik – nicht vollkommen gedeckt werden kann. Unternehmen, gerade in industriestarken Regionen, haben große Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. In Oberfranken ist allein bei den Mechatronik-, Energie- und Elektroberufen die Zahl der offenen Stellen im 4. Quartal 2017 um 870 gegenüber dem Vorquartal gestiegen, wobei drei potenzielle Bewerber auf zehn offene Stellen kommen. Bei Informatik- und anderen IKT-Berufen lag die Zunahme der offenen Stellen bei 298 – hier kommen sechs potenzielle Bewerber auf zehn Stellen. Deshalb sind die Hochschulen aufgefordert, die Zahl der MINT-Absolventen zu erhöhen, vor allem im Bereich der Informatik. Hierzu erforderlich ist unter anderem ein gemeinsames Konzept der

oberfränkischen Hochschulen, das den Anforderungen der heimischen Wirtschaft Rechnung trägt und bereits vorhandene Forschungs- und Kompetenzschwerpunkte berücksichtigt.

Aus Sicht der oberfränkischen Wirtschaft ist es zudem unerlässlich, dass die Hochschulen neuen Zielgruppen, wie zum Beispiel beruflich Qualifizierten, die Möglichkeit eröffnen, sich akademisch weiterzubilden. Insofern ist zum Beispiel der Anteil der Studierenden mit beruflicher Vorqualifikation, wie Meister oder Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung deutlich auszubauen. Hier wird berufsbegleitenden Weiterbildungsstudiengängen (Stichwort *Lebenslanges Lernen*) – auch in Teilzeit – künftig eine hohe Bedeutung zukommen. Zudem ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Hochschulen, wie sie im deutschlandweit einzigartigem Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Coburger Weg“ umgesetzt wird, zu begrüßen. Vermehrte Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie mehr Unternehmensausgründungen aus den Hochschulen sind ebenfalls anzustreben.

Darüber hinaus gilt es, die Anstrengungen weiter zu verstärken und die nachfolgenden Aufgaben anzugehen:

- Ausbau der technischen Fächer an der Universität Bayreuth, der HAW Coburg und der HAW Hof
- Erweiterung des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen und dualen Studiengängen an allen Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Oberfranken, vor allem in den MINT-Fächern und sonstigen industrieorientierten Fächern
- Erhöhung des Anteils der Studienanfänger ohne Abitur
- Ausbau dualer und berufsbegleitender Studienangebote orientiert am Bedarf der Wirtschaft

Für die Hochschullandschaft in Oberfranken ist es darüber hinaus wichtig, Forschung und Lehre, Aus- und Weiterbildung sowie Transfer und wirtschaftliche Aktivitäten zu einem leistungsfähigen Innovationssystem zu verbinden. Dabei müssen alle relevanten Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in den Prozess der Weiterentwicklung integriert werden.

4 Kommunikationsinfrastruktur

Leistungsfähige mobile und kabelgebundene Breitbandversorgung flächendeckend realisieren

4.1 Kommunikationsinfrastruktur: Lage und Herausforderung

Digitale Netze entwickeln sich immer stärker zu einem Rückgrat unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Der Bandbreitenbedarf der bayerischen Unternehmen im digitalen Festnetz wird bis zum Jahr 2020 deutlich ansteigen. Die vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen 2017 – leitungsgebunden und mobil* zeigt: 57 Prozent der Firmen gehen von einem steigenden Bandbreitenbedarf bis 2020 aus, im Vorjahr waren es nur 31 Prozent. Fast die Hälfte der Firmen erwartet für 2020 einen Bandbreitenbedarf von über 50 Mbit/s, 14 Prozent rechnen damit, dass sie Übertragungsgeschwindigkeiten von über 100 Mbit/s benötigen werden. Als häufigste Gründe für die höheren Anforderungen werden eine immer stärkere Vernetzung von Arbeitsabläufen sowie Geschäftsfeldern und das Aufkommen immer komplexerer Anwendungen genannt. Das gilt nicht nur für digitale Spitzenreiter, sondern in der Breite aller Unternehmen – auch der Klein- und Kleinstunternehmen in Bayern.

Nur mit hoch leistungsfähigen digitalen Netzen können Oberfranken und die hier ansässigen Unternehmen die mit der Digitalisierung verbundenen Möglichkeiten optimal nutzen. Das wiederum ist Voraussetzung für nachhaltigen Wohlstand in der Region. Laut den *Unternehmerperspektiven 2017* bewerten 55 Prozent der oberfränkischen Unternehmen die Kommunikationsinfrastruktur - kabelgebunden wie mobil – mit „gut“ oder „sehr gut“ – im Vergleich zum Bayernschnitt (42,5 Prozent) ist das ein sehr guter Wert.

4.2 Aufgaben und Projekte im Bereich der Kommunikationsinfrastruktur

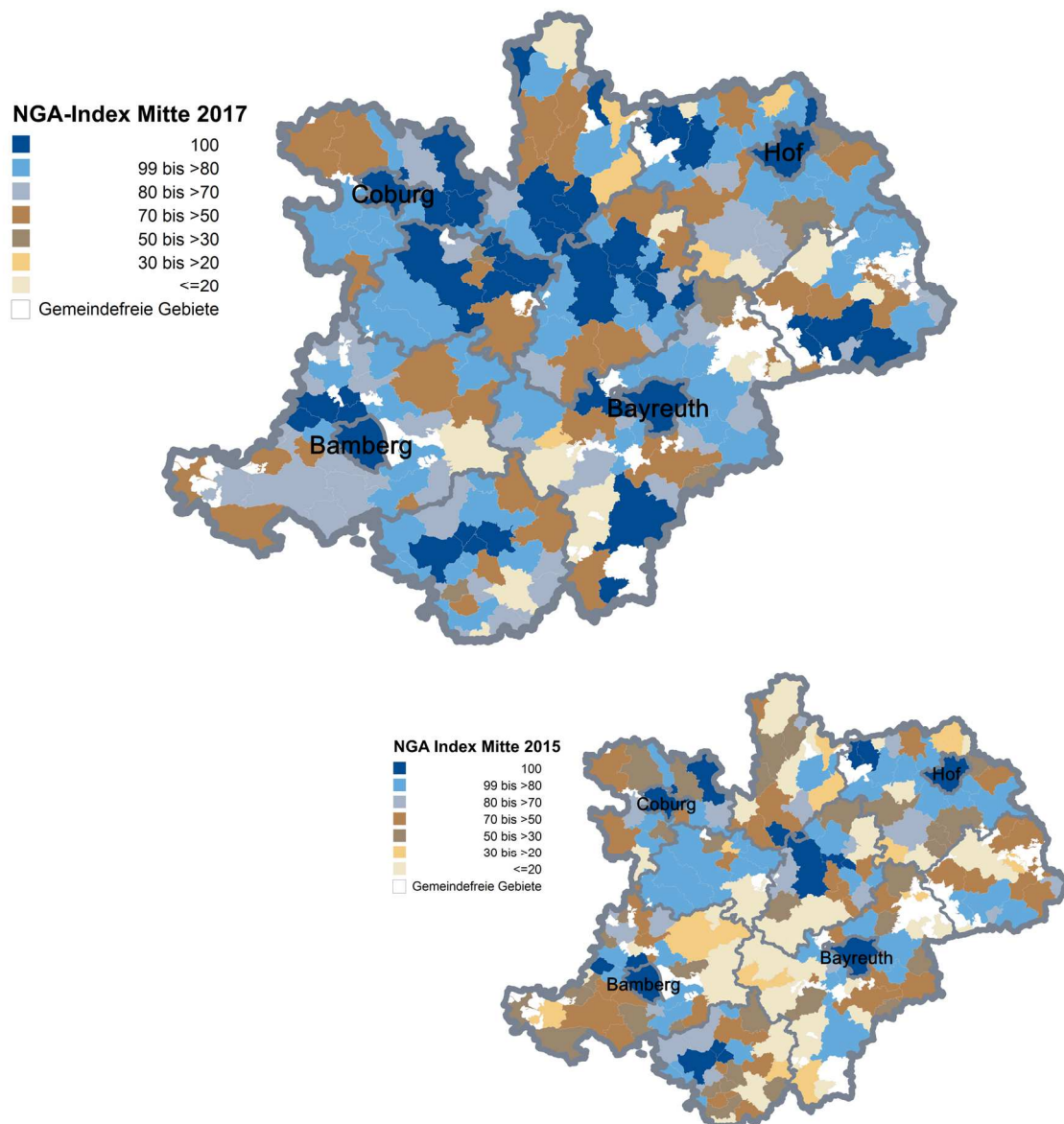
Der Ausbau der digitalen Netze wird in wesentlichen Teilen vom Markt getragen. Dort, wo sich Investitionen in das digitale Festnetz wirtschaftlich nicht tragen, stehen Förderangebote zur Verfügung. Für das Mobilfunknetz ist ein entsprechendes Programm für Bayern in Vorbereitung. Die Umsetzung dieser Programme hängt jeweils von kommunalem Engagement ab. Auch zum Abbau von Hindernissen für den eigenwirtschaftlichen Ausbau durch Betreiber, etwa bei der Suche nach Mobilfunkstandorten, können Kommunen Wesentliches beitragen und sollten das auch tun.

4.2.1 Leistungsfähige kabelgebundene Breitbandversorgung flächendeckend realisieren

4.2.1.1 Ausbaufortschritte

„Abbildung 3

Next Generation Access (NGA)-Index für Oberfranken Mitte 2017 und Mitte 2015



Quelle: IW Consult GmbH, Datenbasis TÜV Rheinland

In Oberfranken konnten Mitte 2017 rund 84 Prozent der Haushalte auf einen NGA-Anschluss (30 Mbit/s) zurückgreifen, für 69 Prozent standen Anschlüsse mit bis zu 50 Mbit/s zur Verfügung, 57 Prozent konnten sogar bis zu 100 Mbit/s wählen. Mitte 2015

hatten erst rund 70 Prozent der Haushalte Zugang zu NGA-Anschlüssen, 58 Prozent zu Anschlüssen mit 50 Mbit/s. Daten zu Anschlüssen mit 100 Mbit/s für Mitte 2015 liegen nicht vor.

106 von 214 Kommunen in Oberfranken erreichten Mitte 2017 einen NGA-Index von 80, der für einen recht guten Versorgungsgrad steht. Mitte 2015 galt das noch für nur 64 Kommunen. Die Zahl der Kommunen mit noch sehr schlechter Versorgung (NGA-Index-Wert kleiner 20 Punkte) lag in Oberfranken Mitte 2017 bei 13; Mitte 2015 waren es noch 41 Kommunen gewesen. Die oben abgebildeten Karten machen die Ausbaufortschritte zwischen Mitte 2015 und Mitte 2017 sichtbar. Der NGA-Index wird in der vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* vom Februar 2018 näher erläutert. Dort finden sich auch Zahlen zum Ausbaustand in Bayern insgesamt.

4.2.1.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die Qualität des Breitbandnetzes in Oberfranken entwickelt sich kontinuierlich weiter. Die politisch gewählte Ausbaustrategie, die sich auf die Versorgung nicht nur besonders bandbreitenhungriger Anwender sondern der Fläche konzentriert, zeigt sukzessive die gewünschten Erfolge.

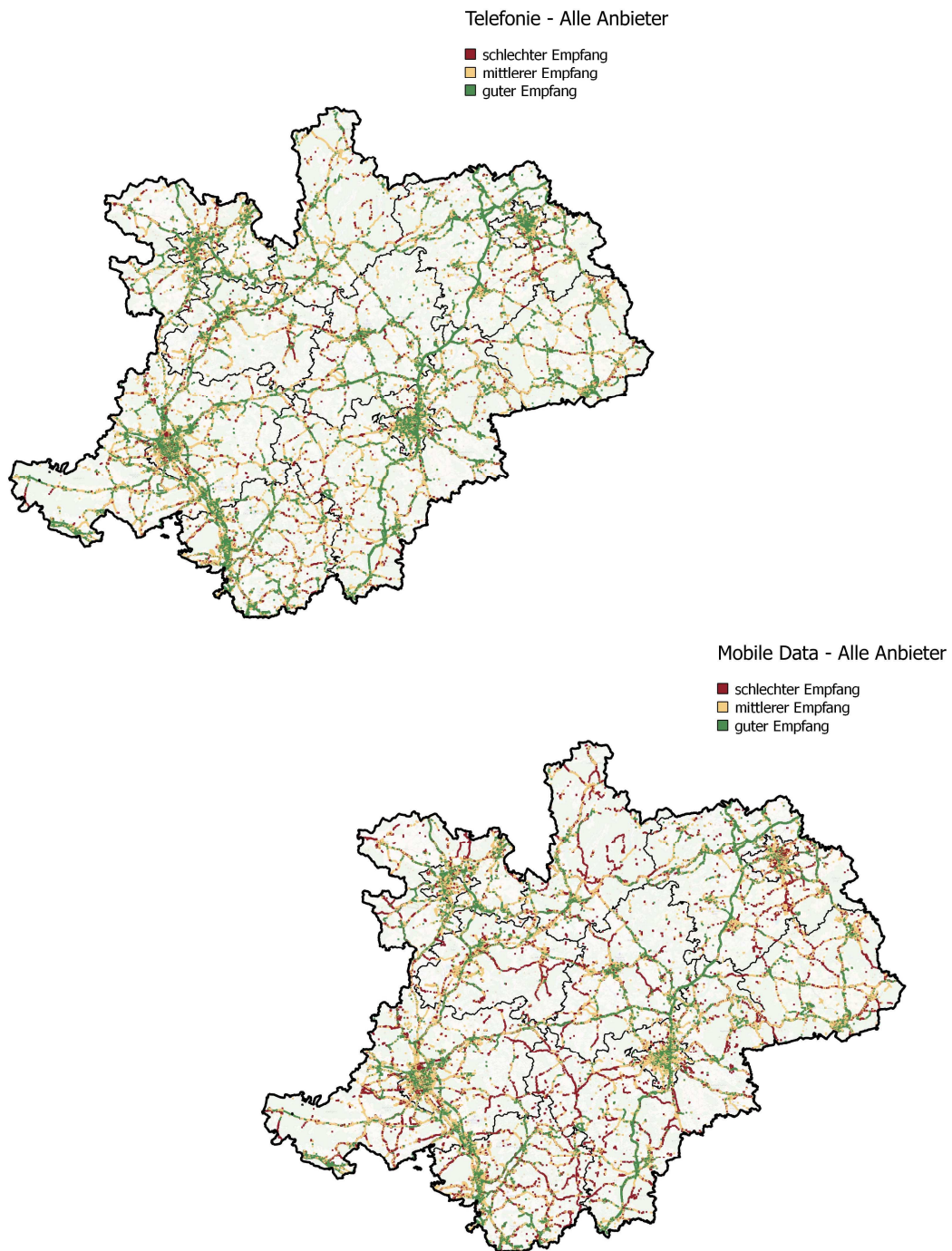
Im digitalen Festnetz müssen bis 2020 flächendeckend mindestens 100 Mbit/s verfügbar sein. Der weitere Ausbau muss sich, wie in neuen bayerischen Initiativen bereits angelegt, auf die Erschließung per Glasfaser fokussieren. Dabei geht es prioritär um die bedarfsgerechte Anbindung von Unternehmen und wichtiger öffentlicher Infrastrukturen.

Regionales und kommunales Engagement im geförderten Breitbandausbau bleiben in diesem Zusammenhang ebenso wichtig wie bei den bisherigen Ausbausritten.

4.2.2 Zuverlässige Mobilfunkanbindung flächendeckend realisieren

Die bereits erwähnte vbw Studie zum Breitbandbedarf zeigt: 71 Prozent der Unternehmen sind auf mobile Technik und schnelle mobile Datenverbindungen angewiesen, deutlich mehr als noch 2016 (58 Prozent). Rund die Hälfte der bayerischen Unternehmen zeigt sich mit der Geschwindigkeit der mobilen Datenverbindungen sowie der Netzabdeckung und -verfügbarkeit unzufrieden. Fast jedes zweite bayerische Unternehmen sieht die eigenen Mitarbeiter durch eine unzureichende Netzabdeckung oder eine zu geringe Geschwindigkeit mobiler Datenverbindungen negativ beeinflusst. Im Vergleich zu 2016 ist der Anteil leicht gestiegen.

Abbildung 4

Mobiles Telefon- und Datennetz in Oberfranken – Versorgungsgrad Ende 2017

Quelle: IW Consult GmbH, Datenbasis Open Signal

4.2.2.1 Ausbaufortschritte

Im bayerischen Mobilfunknetz zeigen Messwerte von Open Signal für Bayern zwischen Ende 2016 und Ende 2017 Fortschritte, aber auch Schattenseiten. Eine Untersuchung der IW Consult GmbH auf der Basis führt zu folgendem Ergebnis:

9,8 Prozent der Messpunkte registrierten einen schlechten Mobilfunkempfang für die Telefonie (Vorjahr 7,8 Prozent). Gewichtet mit der Anzahl der Messwerte, hatten 12,1 Prozent der Nutzer einen ungenügenden Mobilfunkempfang. Verbessert hat sich dagegen der Anteil der Zeitpunkte mit guter Empfangsqualität für Sprachtelefonie. Dieser stieg von 47,3 Prozent auf 61,3 Prozent.

Verbesserungen konnten – bedingt durch den LTE-Ausbau – in der Empfangsqualität für mobile Daten gemessen werden: Eine signifikante Verbesserung wurde bei dem anzahlgewichteten Anteil der Orte erzielt, bei dem die Mobilfunknutzer in Bayern einen schlechten Empfang für mobile Daten hatten. Dieser sank von 25,2 Prozent auf 17,9 Prozent. Für Punkte mit guter Verbindungsqualität stieg dieser Wert sogar von 20,3 auf 33,3 Prozent. Das ist insofern ein beachtlicher Fortschritt, als hier auch die aufgrund bisheriger Ausbauvorgaben des Bundes vergleichsweise schlecht versorgte nachrangige außerörtliche Verkehrsinfrastruktur mit betrachtet wird.

Die oben abgebildeten Karten zeigen das Bild, das die ausgewerteten Messpunkte für Ende 2017 in Oberfranken ergeben. Sie bestätigen, dass bei der mobilen Inanspruchnahme zu oft noch schlecht versorgte Punkte durchquert werden müssen, so dass Verbindungen – Telefonate oder Datenabrufe – abreißen. Insgesamt sind die ländlichen Räume Oberfrankens deutlich schwächer versorgt als die Agglomerationen. Dabei ist das Datennetz noch deutlich schlechter ausgeprägt als das Telefonnetz. Die Schwächen im Datennetz sind auch in den vier Oberzentren zu spüren.

4.2.2.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die Fortschritte im Ausbau des Mobilfunknetzes sind erfreulich, aber bei weitem noch nicht ausreichend. Denn erstens deckt es schon den heutigen Bedarf zu oft nicht ab, und zweitens wächst parallel zum Ausbau von Kapazitäten auch der Bedarf sukzessive an.

Löcher im Mobilfunknetz müssen geschlossen und die Fläche bedarfsgerecht erschlossen werden, zunächst noch auf Basis des LTE-Standards. Bis 2025 muss ein Gigabit-Funknetz auf Basis des derzeit nicht abschließend spezifizierten Mobilfunkstandards 5G ausgebaut werden. Dabei muss die Infrastruktur für das 5G-Netz der Zukunft so ausgebaut werden, dass neben besiedelten Flächen z. B. auch die gesamte Verkehrsinfrastruktur abgedeckt wird.

5 Energieinfrastruktur

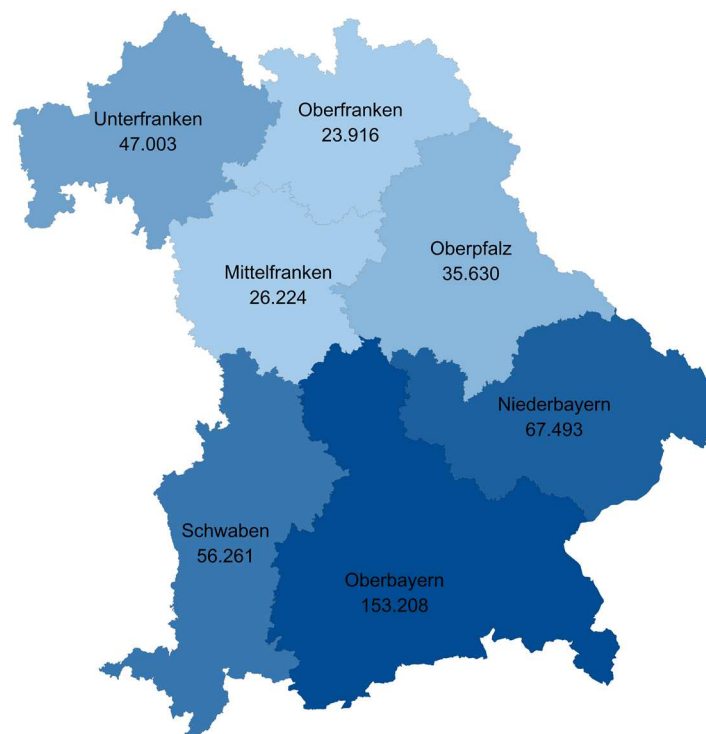
Sichere, nachhaltige und umweltverträgliche Energieversorgung

5.1 Energiepolitische Lage und Herausforderungen

Mit der Energiewende sind auch in Oberfranken anspruchsvolle Herausforderungen für den Aus- und Umbau unserer gesamten Energieinfrastruktur verbunden. Eine sichere Energieversorgung ist für Oberfranken von entscheidender Bedeutung. Oberfranken gehört zu den Regionen mit der höchsten Industriedichte in Europa. Zwar weist Oberfranken unter allen Regierungsbezirken den geringsten Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe auf (Abbildung 5), allerdings gibt es einzelne Unternehmen mit einem sehr hohen Energiebedarf. So gehört beispielsweise die energieintensive Glasindustrie zu den vielfältigen industriellen Branchen der Region, die eine hohe regionalwirtschaftliche Bedeutung besitzt und tausende Arbeitsplätze sichert.

Abbildung 5

**Energieverbrauch Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau in Bayern 2016
(in Tausend Gigajoule)**



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

5.2 Aufgaben und Projekte im Bereich Energie

Für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung ist ein angemessener Energiemix erforderlich. Benötigt wird ein schlüssiges Gesamtkonzept, in dem zentrale und dezentrale Erzeugung aus erneuerbaren und fossilen Energieträgern, Speicher, Netzausbau und Energieeffizienz intelligent verknüpft sind: ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes, technologieoffenes Energiemarktdesign.

5.2.1 Energieerzeugung ausbauen

Ein effizienter Energiemix setzt sowohl auf erneuerbare und regenerative Energien als auch auf die Nutzung fossiler Energieträger. Ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes Energiemarktdesign muss die Wirtschaftlichkeit von modernen und möglichst emissionsarmen konventionellen Kraftwerken in ausreichender Höhe gewährleisten, die auch mittelfristig einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit leisten. Parallel dazu muss die Akzeptanz für die notwendigen Neubau-Projekte sichergestellt werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Funktion Oberfrankens als Stromtransitregion.

5.2.1.1 Ausbaufortschritte

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien hat in Oberfranken deutlich zugenommen – insbesondere bei Windenergie und Photovoltaik. Die Entwicklung bei den einzelnen Energieträgern ist aus der nachfolgenden Tabelle abzulesen. Zwar liegen bei der Wasserkraft keine Vergleichszahlen vor, jedoch ist die installierte Leistung aufgrund der begrenzten Möglichkeiten auf einem weitgehend konstanten Niveau.

Fasst man alle Daten zusammen, so hat Oberfranken seinen Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch von 24 Prozent (31.12.2013) auf 39 Prozent (31.12.2016) steigern können.

In Oberfranken werden Holzhackschnitzelanlagen zur Beheizung von Thermalbädern und öffentlichen Einrichtungen vorwiegend von privaten Kapitalgesellschaften unter Mitwirkung von Versorgungsunternehmen (zum Beispiel Bayernwerk AG und Stadtwerke Lichtenfels), Landkreisen und Kommunen sowie Forstbetriebsgemeinschaften betrieben. Die Bayernwerk AG ist bei der Therme Obernsees, der Biomasseheizanlagen in Pegnitz und Lichtenfels Partner der jeweiligen Kommunen. Darüber hinaus hat die Gründung von Energiegenossenschaften weiter an Bedeutung gewonnen.

Tabelle 3

Ausbau der Erneuerbare Energien in Oberfranken

<i>Energieträger</i>	<i>Anlagen (2016)</i>	<i>Anlagen (2013)</i>	<i>Installierte Leistung (2016)</i>	<i>Installierte Leistung (2013)</i>
Windenergie*	231	127	508 MW	227 MW
Photovoltaik	33.000	29.000	810 MWp	690 MWp
Biomasse	284	265	104 MW	76 MW
Wasserkraft	405	**	42	**

* Anlagen mit mehr als 70 kW

** Keine Daten verfügbar

Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt

5.2.1.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Der Ausbau der Windkraft und Photovoltaik ist in den letzten Jahren deutlich vorangekommen. Oberfranken verfügt über ein hohes Windkraftpotenzial und ist bei der Erzeugung von Windenergie einer der führenden bayerischen Regierungsbezirke. Es bleibt jedoch wichtig, die Erzeugung durch erneuerbarer Energie weiter auszubauen. Dazu sind folgende Aufgaben nachhaltig zu verfolgen:

- Bau weiterer regionaler Biogasanlagen mit Abwärme-Nutzung
- Optimierung bestehender Wasserkraftanlagen, Suche und Entwicklung neuer Standorte (z. B. im Fichtelgebirge)
- Ausbau der Windenergie an geeigneten Standorten in Oberfranken
- Ausbau und Nutzung der Geothermie an geeigneten Standorten
- Nutzung der Rohstoffreserve Holz (z. B. in Energiegenossenschaften für Bäder, Schulen, Behörden, Innenstadtgebiete, Kaskadennutzung)
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Jura-Solar-Park für die Errichtung weiterer Photovoltaik-Anlagen

5.2.2 Stromnetze ausbauen

Die Netzinfrastruktur ist Schlüsselement und Achillesferse der Energiewende zugleich. Gerade Oberfranken mit seiner starken industriellen Struktur ist auf einen schnellen und reibungslosen Bau der Stromautobahnen angewiesen. Nur so kann zukünftig Strom aus anderen Teilen Deutschlands (z. B. den Windparks in der Nord- und Ostsee) und dem Ausland nach Bayern transportiert werden. Deshalb muss neben zügigen Fortschritten im Netzzubau die Nutzung des Bestandsnetzes optimiert werden,

zum Beispiel mit Hilfe intelligenter (digitaler) Lösungen wie virtuellen Kraftwerken, Smart Grids und Smart Meter.

5.2.2.1 Ausbaufortschritte

Die Inbetriebnahme der Thüringer Strombrücke erfolgte im Sommer 2017. Sie ermöglicht den Höchstspannungstransport über Altenfeld (Thüringen) nach Redwitz an der Rodach (Oberfranken).

5.2.2.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die Unternehmerperspektiven 2017 zeigen, dass die Unternehmen die Stromversorgung in Oberfranken zu 78 Prozent als sehr gut oder gut bewerten.

Mit Inbetriebnahme der Thüringer Strombrücke ist die Versorgungssicherheit Oberfrankens verbessert worden. Dies reicht jedoch nicht aus, um eine dauerhafte und sichere Energieversorgung zu garantieren. Deshalb müssen folgende Aufgaben im Leitungsausbau abgearbeitet werden:

- Die Stromversorgung von Norden nach Süden und zu unseren Nachbarländern muss abgesichert werden.
- Die oberfränkischen Mittelspannungsleitungen und die regionalen Niederspannungsleitungen müssen für die dezentrale Energieversorgung aufgerüstet werden.
- Das Stromnetz muss insgesamt zu einem intelligenten, zur Verbrauchssteuerung fähigem Netz weiterentwickelt werden.
- Etablierung intelligenter Energienetzwerke und Netzplattformen

Hier stehen die regionalen Netzbetreiber vor großen Herausforderungen, die auch von den regional und kommunal Verantwortlichen nicht unterschätzt werden dürfen.

5.2.3 Energiespeicherung – Technologie weiterentwickeln, Speicher realisieren

Neue Energiespeichereinrichtungen sind erforderlich, um die unregelmäßig anfallende Strombereitstellung aus Wind- und Solarenergie in Überschussphasen aufzunehmen und in das Versorgungssystem zu integrieren. Dazu eignen sich klassische Pumpspeicherkraftwerke genauso wie innovative Technologien, wie z. B. Power-to-Gas. Pumpspeicherkraftwerke sind die derzeit einzige ausgereifte, großtechnische Möglichkeit zur Stromspeicherung mit einem Wirkungsgrad von bis zu 80 Prozent. Allerdings finden sich für Pumpspeicherkraftwerke in Bayern nur wenige geeignete Standorte. Speicherprojekte auf der Basis neuer Technologien können deshalb künftig eine wichtige Rolle einnehmen.

5.2.3.1 Ausbaufortschritte

Mit dem "Haus der Energiezukunft" beschreitet die Stadt Wunsiedel und ihr Energieversorger SWW einen innovativen Weg zur regionalen Energieversorgung und will mittelfristig autark werden. Wichtiger Bestandteil ist dabei ein Batteriespeicher, der überschüssige Energie speichern und bei Bedarf zur Versorgung genutzt werden soll.

Derzeit werden ferner einige innovative Forschungsansätze und -projekte zu neuen Speichertechnologien beispielsweise an der Universität Bayreuth verfolgt:

- Nutzung von Überschussstrom zur Herstellung von synthetischen Erdgas durch die Methanisierung von Biogas (Teilprojekt im BFS-Verbundprojekt „Technisches Konzept zur wirtschaftlichen Nutzung erneuerbarer Energien aus organischen Abfällen im kommunalen Maßstab (FOR 10000)“)
- Kompetenzzentrum Kraft-Wärme-Kopplung: Handlungsfeld Innovative Verfahren der KWK
- Aktive Glasflake-Composite-Separatoren für Li-Ionen-Batterien (ACoS)
- MaLaTrans - Entwicklung makroverkapselter Latentwärmespeicher für den Transport von Abwärme gefördert durch Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi, Projekt abgeschlossen; derzeit Antrag für Folgeprojekt unter Begutachtung)

5.2.3.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die Möglichkeiten der Energiespeicherung – wie der Energiegewinnung – mittels Wasserkraft sind begrenzt. Zu prüfen ist allenfalls, ob das Pumpspeicherwerk an der Eger ausgebaut werden kann.

Derzeit haben viele innovative Speichertechnologien ihre Einsatzreife im größeren Maßstab noch nicht unter Beweis stellen können. Dementsprechend sollten alle erfolgversprechenden Lösungsansätze weiterentwickelt und mithilfe von Pilotanlagen auf praktische Anwendbarkeit überprüft werden.

Die Erfahrungen aus dem Wunsiedler Haus der Energiezukunft müssen gesammelt und für weitere Projekte nutzbar gemacht werden.

6 Forschungsinfrastruktur

Forschungslandschaft in Oberfranken weiterentwickeln

6.1 Forschungsinfrastruktur: Lage und Herausforderungen

Gerade mit ihren rund 600 Hidden Champions benötigt die oberfränkische Wirtschaft einen direkten Zugang zu Ergebnissen der Forschung. Diese Unternehmen stehen teilweise nicht in regelmäßigem Kontakt zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Für sie ist ein direkter und unbürokratischer Zugang zu den Hochschulen vor Ort und auch zu überregionalen Einrichtungen, also den Forschungskapazitäten an anderen bayerischen Standorten, wichtig, um innovative Ideen zu entwickeln und zu realisieren. In Oberfranken herrscht – trotz einiger bedeutender Ansiedlungserfolge – noch immer ein Bedarf an Forschungsinstituten.

6.2 Aufgaben und Projekte zur Weiterentwicklung der Forschungsinfrastruktur

Gerade diejenigen Unternehmen, die wenig materielle und personelle Aufwendungen im Bereich Forschung und Entwicklung schultern können, benötigen eine zentrale Anlaufstelle der oberfränkischen Hochschulen, um einen leichteren Zugang zu aktuellen Forschungsergebnissen zu erlangen.

6.2.1.1 Ausbaufortschritte

In den letzten Jahren sind in Oberfranken eine Reihe von Forschungseinrichtungen neu angesiedelt oder erweitert worden.

- Das Bayerische Polymerinstitut wurde im Juli 2016 gegründet und aus der Nordbayern-Plan Initiative der Bayerischen Staatsregierung finanziert. Die Universitäten Bayreuth, Erlangen-Nürnberg und Würzburg bündeln und vernetzen in diesem Institut ihre Kompetenzen auf dem Gebiet der Polymerwissenschaften und Polymertechnologie mit jeweiligen Standorten vor Ort.
- Das „Band FÜR KULTUR, WISSENSCHAFT, DIENSTLEISTUNG UND GEWERBE“ wird nach einem im Jahr 2017 getroffenen Stadtratsbeschluss auf dem ehemaligen Gütebahnhof in Coburg realisiert.
- Das Friedrich-Baur-Forschungsinstitut für Biomaterialien (FBI) erweitert sich durch hohe Drittmittelinwerbungen und Auftragsforschung kontinuierlich. Mit der BioCer Entwicklungs-GmbH werden die Forschungsergebnisse erfolgreich in Produkte umgesetzt.
- Förderung der Forschungsstelle »Carinfotainment« der HAW Hof in Kronach

- Ausbau der Technologieallianz Oberfranken (Kooperation von Universität Bamberg, Universität Bayreuth, HAW Coburg und HAW Hof in den Bereichen Energie, Mobilität, Werkstoffe, Informationstechnologie und Sensorik in einer auf die Unternehmen der Region ausgerichteten Partnerschaft)
- Aufbau eines Innovationszentrums »Medical Valley Center« in Forchheim
- Ausbau Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern in Bayreuth
- BaySiC - Bau des Technikums und Entwicklung einer Pilotanlage zur Herstellung von Siliciumcarbit-Fasern am Fraunhofer Institut für Silicatforschung ISC in Bayreuth
- Förderung des Fraunhofer-Anwendungszentrums an der HAW Hof, in dem u. a. in der Verarbeitung von Textilfasern etablierte Techniken zur Herstellung von 2D- und 3D-Geweben auf Keramik- und Carbonfasern übertragen werden
- Innovationsnetzwerk Oberfranken: Ausbau eines regionalen Clusters zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen
- Aufbau des Instituts für Wasser- und Energiemanagement an der HAW Hof

Zusätzlich hat Oberfranken vom Programm Bayern Digital II erheblich profitiert:

- Drei ZD.B-Professuren: Privacy and Security (Bamberg), Serious Games / Applied Games (Bayreuth) und Mensch-Maschine-Interaktion im Internet der Dinge (Coburg)
- Zwei digitale Gründerzentren in Hof und Bamberg

Die Fraunhofer-Gesellschaft hat ihre Aktivitäten in Oberfranken erheblich ausgeweitet:

- Zentrum für Hochtemperatur-Leichtbau HTL des Fraunhofer ISC in Bayreuth (2014)
- Anwendungszentrum Textile Faserkeramiken in Münchberg (2014)
- Gruppe Business Transformation der Abteilung Innovation Transformation des Fraunhofer SCS (2015)
- Research Campus Waischenfeld des Fraunhofer IIS in Waischenfeld (2015)

6.2.1.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Mit vielen der oben genannten Projekte werden konkrete Forderungen der vbw umgesetzt; zu begrüßen sind sie alle.

Die Unternehmerperspektiven 2017 zeigen auf, dass weiterhin Bedarf bei der Verbesserung des Innovationsumfelds besteht. Zwar beurteilen 48 Prozent der Unternehmer den Zugang zu innovativen Technologien mit sehr gut oder gut, aber hinsichtlich der Existenz von F+E-Innovationsnetzwerken liegen die Werte nur bei 38 Prozent.

Großen Bedarf sehen die Unternehmer bei der Unterstützung der Unternehmen zur Verbesserung der F+E. Dabei sollte das Beratungsangebot verbessert (69,1 Prozent), das Förderangebot ausgebaut (76 Prozent) und die Netzwerke zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen stärker unterstützt (64,9 Prozent) werden. Mit 79,9 Prozent gab es große Zustimmung zur stärkeren finanziellen Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Oberfranken. Dabei sprechen sich die Unternehmen

gleichzeitig dafür aus, dass öffentlich geförderte Forschung stärker in die Breite getragen werden sollte (65,5 Prozent).

Die realisierten Forschungseinrichtungen und -projekte haben den Forschungs- und Innovationsstandort Oberfranken deutlich vorangebracht. Angesichts der hohen Wettbewerbs- und Innovationsintensität ist es wichtig, nicht nachzulassen und die Forschungsinfrastrukturen weiter auszubauen. Zu den wesentlichen Aufgaben gehören dabei:

- Personeller und infrastruktureller Ausbau der Technologieforschung an den HAW's Coburg und Hof durch Einrichtung eines akademischen Mittelbaus und neuer Institute zum Technologietransfer in die Wirtschaft
- Stärkere Vernetzung des Mittelstands mit der bayernweiten Forschungslandschaft
- Schaffung einer Anlaufstelle für Unternehmer mit Information und Kontaktvermittlung bzgl. Forschungsaktivitäten und -möglichkeiten
- Verstärktes Angebot der HAWs zur innerbetrieblichen Weiterbildung

Oberfränkische Unternehmen benötigen darüber hinaus ein deutlich ausgeweitetes und stärker bedarfsorientiertes Dienstleistungsangebot der Bayerischen Forschungs- und Innovationsagentur.

7 Betreuungsinfrastruktur

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder und in der Altenpflege sichern.

7.1 Betreuungsinfrastruktur: Lage und Herausforderungen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Oberfranken zu einem zentralen Anliegen der Arbeitsmarktpolitik geworden. Ausreichende und hochwertige Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen müssen geschaffen werden, um für familiengebundene Hochqualifizierte den Zugang zum Arbeitsmarkt weiter zu verbessern. Hier sind Freistaat und Kommunen in der Pflicht: mit eigenen Angeboten genauso wie mit einer angemessenen Förderung privater Initiativen und flexibler Kooperation zwischen Betreuungseinrichtungen und Unternehmen.

7.2 Aufgaben und Projekte zur Weiterentwicklung der Betreuungsinfrastruktur

7.2.1 Angebote zur Kinderbetreuung ausweiten

Der Kinderbetreuung kommt unter dem Aspekt Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine entscheidende Rolle zu. Damit sich Unternehmen die Mitarbeit von Eltern mit Kindern im Kindergarten- und schulpflichtigem Alter nachhaltig sichern können, ist ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Angebot im Umfeld der Wohn- bzw. Arbeitsstätte in allen bayerischen Regionen notwendig. Wenn Unternehmen selbst hier erfolgreich tätig werden, dann handelt es sich um echte Leuchtturmprojekte, die eigentliche Aufgabe liegt aber bei den Kommunen.

7.2.1.1 Ausbaufortschritte

Zum Stichtag 01. März 2017 gab es in Oberfranken 47.040 genehmigte Plätze in 774 Kindertageseinrichtungen. Die absolute Anzahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen lag bei 43.435.

Für die Ganztagsbetreuung für Kinder ab drei Jahren lässt sich die Lage in Oberfranken wie folgt zusammenfassen (Stichtag: 01.03.2016):

- Die Betreuungsquote für Kinder bis drei Jahren in der öffentlich geförderten Kindertagespflege liegt bei 37,3 Prozent und liegt deutlich über dem bayerischen Durchschnitt von 31,2 Prozent. Die Betreuungsquote schwankt zwischen 29,4 Prozent (Stadt Bamberg) und 46,8 Prozent (Landkreis Coburg).
- Die Ganztagesbetreuungsquote für Kinder bis drei Jahren in der öffentlich geförderten Kindertagespflege liegt bei 10,1 Prozent, bayernweit sind es 10,3 Prozent. In

Oberfranken liegen die Werte zwischen 16,1 Prozent (Stadt Coburg) und 7,5 Prozent (Landkreise Bamberg und Bayreuth).

Dem gesellschaftlichen Trend folgend sind die Betreuungsplätze auch in Oberfranken ausgebaut worden. Da diese Aufgabe in der Regel den Kommunen obliegt, sind die Fortschritte immer von den lokalen Gegebenheiten abhängig.

7.2.1.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Der Ausbau der Kinderbetreuung in Oberfranken ist ermutigend, sie muss jedoch stets am aktuellen Bedarf der berufstätigen Eltern ausgerichtet werden. Dies gilt insbesondere in den Regionen Oberfrankens, wo der Bedarf nicht vollständig gedeckt ist. Die Angebote zur Kinderbetreuung müssen sowohl die steigende Nachfrage für Kinder bis zu drei Jahren als auch die Nachmittagsbetreuung in den Schulen und Horten berücksichtigen. Insbesondere muss sich das Angebot stärker an den Bedürfnissen der modernen Arbeitswelt orientieren. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechte Entwicklung von Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten in allen Regionen Oberfrankens
- Bedarfsgerechter Ausbau von Kinderkrippenplätzen vor allem in den ländlichen Gebieten Oberfrankens
- Beseitigung von Betreuungsengpässen auch für Schulkinder in folgenden Zeiträumen, orientiert an Arbeitsverpflichtungen der Eltern:
 - Tagesrandzeiten (Dienstleistung, Pflege, Gastronomie)
 - Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten)
 - Wochenenden (Dienstleistung, Pflege, Gastronomie)
 - Schließtage

7.2.2 Pflegeplätze ausweiten, Tagespflege verbessern

Die absehbare demografische Entwicklung unserer Gesellschaft fordert die Pflege-landschaft in Oberfranken in besonderem Maß heraus, da die Überalterung der Gesellschaft hier besonders spürbar sein wird.

7.2.2.1 Ausbaufortschritte

Zum Stichtag 15. Dezember 2015 gab es in Oberfranken 207 Altenpflegeeinrichtungen mit 14.518 verfügbaren Plätzen. 13.183 davon waren belegt.

Oberfranken profitiert von einer Reihe von Maßnahmen, die zur Verbesserung der Pflegesituation beitragen:

- Vor allem im Bereich „Selbstbestimmtes Wohnen“ wurden etliche Projekte angestoßen und verwirklicht, die zumindest vorübergehend eine Alternative zu einem Aufenthalt im Pflegeheim darstellen können und vermeiden helfen und Pflegebedürftigen ermöglichen sollen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben. Zu nennen sind folgende Projekte:
 - Das Projekt „In der Heimat wohnen“ will den Aufbau eines Angebotes an barrierefreiem Wohnraum in Verbindung mit einem ambulanten, quartiersbezogenen Betreuungskonzept in kleinen, ländlich geprägten Kommunen erreichen. Damit soll älteren Bürgerinnen und Bürgern – auch bei zunehmendem Unterstützungsbedarf – ein Verbleib in ihrer Heimatgemeinde ermöglicht werden.
 - Das Projekt „9 x Selbstbestimmt Wohnen in Oberfranken“ soll die Möglichkeiten der Digitalisierung untersuchen, um älteren Menschen und Pflegebedürftigen mehr Sicherheit zu geben und den Alltag zu erleichtern. Dabei werden unter anderem die Einführung und Akzeptanz digitaler Technik in der ambulanten Pflege untersucht. Des Weiteren geht es um das Verstehen von Entscheidungsprozessen innerhalb von Familien und das Evaluieren weiterer Unterstützungsmöglichkeiten.
- Im Landkreis Wunsiedel soll das Projekt „Gesundheitsversorgung 4.0“ realisiert werden. Der Schwerpunkt liegt hierbei in der ärztlichen Betreuung der Patienten, die sich in stationärer oder ambulanter Pflege befinden. Bei dem Projekt geht es um einen neuen Ansatz der digitalen allgemeinmedizinischen und hausärztlichen Versorgung in einem ländlichen Raum.

7.2.2.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Um die Pflegeinfrastruktur weiter zu verbessern, sind folgende Punkte weiter zu verfolgen:

- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege
- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen
- Vorhaltung von Angeboten für Kurzzeitpflege und Tagespflege in bevölkerungsschwachen Regionen, insbesondere an Tagesrandzeiten und Wochenenden
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen
- Ausbau flexibler Angebote zur Kurzzeitpflege, insbesondere im ländlichen Raum
- Erleichterung für Arbeitnehmer im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen durch Kooperation von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern
- Initiativen zur Deckung des Personalbedarfs mit ausländischen Arbeitskräften auf dem Pflegesektor

8 Gesundheitsinfrastruktur

Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherstellen.

Leistungsfähige und effektive Gesundheitsinfrastrukturen sind unerlässlich für die Attraktivität Oberfrankens als Lebens- und Arbeitsstandort. Unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels sind weiterhin eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische Versorgung sicherzustellen und innovative Angebote zur Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung der Gesundheit der Bevölkerung auszubauen. Effizienz und die Orientierung am Patienten als Kunden werden immer stärker zum Maßstab auch für öffentliche Einrichtungen.

8.1 Lage und Herausforderungen

Die Gesundheitswirtschaft in Oberfranken ist gut aufgestellt, leistungsfähig und ein wichtigster Arbeitgeber für die Region. Jedoch wird sich Oberfranken demografisch in den nächsten 20 Jahren deutlich verändern, wobei die regionale Entwicklung sehr unterschiedlich verläuft. Während der westliche Bereich (Landkreise Forchheim und Bamberg und die Stadt Bamberg) von nur leicht rückläufigen Bevölkerungszahlen ausgehen kann, werden in der Mitte und im Osten nach vorliegenden Prognosen zehn bis knapp 15 Prozent Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen sein. Dabei wird die Abwanderung vor allem den Altersbereich zwischen dem 16. und 50. Lebensjahr betreffen. Die Gesundheitswirtschaft kann der demografischen Herausforderung nachhaltig nur begegnen, wenn sie alle Marktchancen und Effizienzpotenziale nutzt und so die Breitenversorgung in Oberfranken wirtschaftlich absichert.

8.2 Spezifische Aufgaben und Projekte

8.2.1 Apotheken

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung in Oberfranken gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es ca. 28 Apotheken. Das liegt deutlich über dem bayernweiten Durchschnitt von knapp 25 Apotheken. Die Verteilung der Standorte gewährleistet kurze Anfahrtswege.

8.2.1.1 Ausbaufortschritte und Entwicklungen

Die Zahl der Apotheken ist in Oberfranken, wie im gesamten Freistaat, leicht rückläufig. So gab es Ende 2013 314 Apotheken, während Ende 2016 nur noch 305 Apotheken bestanden. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern.

8.2.1.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die Versorgung mit Apotheken in Oberfranken ist mit gut 300 Standorten nach wie vor gut. Allerdings wird sie für den ländlichen Raum in den nächsten 20 Jahren zur Herausforderung. In den Landkreisen Hof, Kronach, Kulmbach und Wunsiedel wird die Bevölkerung um ca. zehn bis 15 Prozent schrumpfen, in den restlichen Landkreisen im einstelligen Prozentbereich (Ausnahmen Stadt und Landkreis Bamberg, Landkreis Forchheim). Es ist mit einem weiteren Rückgang der Apothekenzahl im ländlichen Raum zu rechnen. Hier gilt es, Engpässe zu vermeiden und die Versorgung auch in den ländlichen Regionen sicherzustellen:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken und Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken

8.2.2 Ärzte

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur. In Oberfranken liegt der Versorgungsgrad (VG) im hausärztlichen Bereich nur in einigen Fällen unter 100 Prozent, wobei das Durchschnittsalter (DA) der Ärzte mit 55,6 Jahren knapp über dem Bayerndurchschnitt von 55,1 Jahren liegt. Somit wird im nächsten Jahrzehnt eine große Anzahl von Ärzten aus Altersgründen nicht mehr praktizieren. Gleichzeitig wird das Patientenaufkommen durch den demografischen Wandel vermutlich steigen.

Der im Durchschnitt gute Versorgungsgrad sagt allerdings nichts über die Verteilung der Ärzte und die Versorgungslage im ländlichen Raum aus. So ist die Ärzteversorgung z. B. in Naila (VG: 138 Prozent, DA: 56,5 Jahre) oder Bamberg (VG: 130 Prozent, DA: 54,1 Jahre) auf die nächsten Jahre gut, während z. B. in Speichersdorf (79,4 Prozent, 52,2 Jahre) oder Wunsiedel / Marktredwitz (96,1 Prozent, 68 Jahre) Handlungsbedarf besteht.

8.2.2.1 Ausbaufortschritte und Entwicklungen

Ein regionales Projekt, das seit Jahren einem Hausärztemangel im ländlichen Raum entgegenwirkt, ist die *Weiterbildungsinitiative Lichtenfels*. In deren Rahmen werden junge Ärzte für eine Weiterbildung in der Allgemeinmedizin gewonnen. Zudem profitiert Oberfranken besonders von den Landarzt-Programmen des Freistaates wie etwa den Landarztstipendien.

Die Staatsregierung will die Ausbildung von Ärzten in Oberfranken stärken. Dazu soll die Kooperation zwischen dem Universitätsklinikum Erlangen und dem Klinikum Bayreuth intensiviert werden, sodass die praktische Ausbildung im zweiten Teil des Medizinstudiums in Bayreuth absolviert werden kann. Durch diesen "Medizincampus Ober-

franken" will die Staatsregierung die Chancen erhöhen, dass Ärzte nach ihrer Ausbildung auch in Oberfranken bleiben. Eine weitere Initiative ist die Medical School Region, bei der in Kooperation mit der Universität Split in Kroatien Studenten eine Studiemöglichkeit der Humanmedizin angeboten wird.

Nicht zuletzt mit Blick auf den demografischen Wandel wird einer wohnortnahen ärztlichen Versorgung ein hoher Stellenwert zugemessen. Kommunen mit Engpässen bei der ärztlichen Versorgung gibt – neben der sicherstellungsverpflichteten Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns – auch das „Kommunalbüro für ärztliche Versorgung“ am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) gezielt Hilfestellungen bei der Suche nach lokalen Lösungsmöglichkeiten. Sowohl über das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege als auch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns gibt es zudem Möglichkeiten der Niederlassungsförderung, die entweder auf den ländlichen Raum oder auf unversorgte oder drohend unterversorgte Planungsbereiche fokussieren.

8.2.2.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen, bleibt wichtige Aufgabe. Aus diesem Grund sind die nachfolgenden Forderungen weiter im Blick zu behalten:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken
- Förderung von gemeinsamen Arztpraxen sowie kommunalen und privaten Ärztehäusern als Gemeinschaftseinrichtungen
- Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen.

8.2.3 Krankenhäuser

Eine gute Krankenhausinfrastruktur ist das Rückgrat der medizinischen Versorgung. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren insbesondere im geriatrischen Bereich mit einer Zunahme stationärer Behandlungsfälle zu rechnen. Der Abbau aktueller Überkapazitäten – gegebenenfalls auch durch Schließungen einzelner Krankenhäuser – wird sich aber nicht vermeiden lassen.

8.2.3.1 Ausbaufortschritte und Entwicklungen

Nach dem Statistikatlas Bayern bestanden in Oberfranken zum 31. Dezember 2016 24 Krankenhäuser (Einrichtungen gem. § 107 Abs. 1 SGB V) mit insgesamt 6.718 Betten. Im Vergleich zum 31. Dezember 2012 kamen zwei Krankenhäuser hinzu. Die Bettenkapazität stieg um 2,1 Prozent. Die Zahl der Betten je 100.000 Einwohner stieg im gleichen Zeitraum von 621 auf 632.

Der länderübergreifende Klinikverbund regioMed mit Kliniken in Coburg, Neustadt bei Coburg, Lichtenfels, Sonneberg, Hildburghausen setzt ein flexibles, bedarfsgerechtes Krankenhausangebot um und erarbeitet ein abgestimmtes medizinisches Leistungsangebot, das den steigenden medizinischen Anforderungen der Bürger gerecht wird. Dazu gehören sowohl verbindliche Qualitätsstandards als auch neue medizinische Angebote, die bei einem Träger allein nicht finanziell darstellbar sind.

Als Lehrkrankenhäuser stehen das Klinikum Coburg mit der Universitätsklinik Würzburg und die Sozialstiftung Bamberg, das Bezirksklinikum Bayreuth, die Kliniken Bamberg und Bayreuth sowie das Sana Klinikum Hof mit der Universitätsklinik Erlangen in Forschung und Lehre im engen Austausch. Junge Ärzte können so für eine spätere Tätigkeit in Oberfranken gewonnen werden.

Die Umsetzung des Projekts STENO (Schlaganfallnetzwerk mit Telemedizin in Nordbayern), getragen durch das Universitätsklinikum Erlangen mit dem Klinikum Bayreuth und dem Klinikum Nürnberg und finanziert durch die Krankenkassen in Bayern sowie des Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, ist abgeschlossen. Das Netzwerk wird fortlaufend weiterentwickelt und umfasst neben dem Zentrum am Klinikum Bayreuth mittlerweile sechs weitere telemedizinisch angebundene Kliniken in Oberfranken.

8.2.3.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die unterschiedlichen Versorgungsstufen der einzelnen Krankenhäuser sichern eine qualitativ gute stationäre Versorgung in Oberfranken. Die aktuelle Bettenzahl deckt den Bedarf. Die laufende Veränderung der Rahmenbedingungen wie z. B. der medizinisch-technische Fortschritt, Änderungen im Fachrichtungsspektrum, neue ambulant durchführbare Behandlungsmöglichkeiten sowie demografische Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Krankenhauslandschaft in Oberfranken:

- flächendeckende Entwicklung der Kapazitäten
- sinnvolle Ergänzung medizinischer Angebote und nachhaltige Absicherung wohnortnaher Krankenhausversorgung
- Kostenoptimierung durch gemeinsame Dienstleistungen
- Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber durch koordinierte Rotationsprogramme und Weiterbildungscurricula für Ärzte und Pflegepersonal
- Engere Vernetzung und Kooperation der Krankenhäuser mit den Trägern der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Ärzte und Fachkräfte im Gesundheitswesen und mit Hochschulen, Berufsfachschulen und Ausbildungsbetrieben im Gesundheitssektor

Die Etablierung der medizinischen Ausbildung in Oberfranken ist Bestandteil einer nachhaltigen Patientenversorgung. Sie stärkt den Universitäts- und Gesundheitsstandort und kann einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung von Ärzten für die Arbeit in Oberfranken leisten.

8.2.4 Vorsorge- und Reha-Einrichtungen

Vorsorge und Rehabilitationseinrichtungen sind ein wichtiges Element der Gesundheitsinfrastruktur. Angesichts der demografischen Entwicklung werden ihre Bedeutung für Oberfranken noch zunehmen und der Bedarf steigen.

8.2.4.1 Ausbaufortschritte

Die Vorsorge- und Reha-Einrichtungen in Oberfranken werden von Rentenversicherungsträgern, Krankenversicherungen und privaten Einrichtungen getragen. Der Regierungsbezirk verfügt zum 31. Dezember 2016 über 17 Einrichtungen mit 2.492 Betten, was einer Versorgung von 235 Betten je 100.000 Einwohnern entspricht. Damit sank die Bettenzahl gegenüber dem 31. Dezember 2012 um knapp 2,8 Prozent und die Versorgung um sieben Betten je 100.000 Einwohnern.

8.2.4.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die Versorgung im Bereich Vorsorge und Reha im Regierungsbezirk ist derzeit ausreichend. Allerdings wird der Bedarf an Einrichtungen zu Vorsorge und Rehabilitation aufgrund der alternden Bevölkerung in den nächsten Jahren weiter steigen. Hier gilt es, das Angebot rechtzeitig anzupassen.

8.2.5 Gesundheitsregionen

8.2.5.1 Ausbaufortschritte

Im Bereich Gesundheit gibt es etliche innovative Ansätze, die neue technische Möglichkeiten ausloten und versuchen, das sektorale Denken und Handeln in unserem System zu überwinden. Hierzu zählt das 2015 bayernweit gestartete „Projekt Gesundheitsregion plus“, mit dem das Bayerische Gesundheitsministerium die medizinische Versorgung und Prävention im Freistaat weiter verbessern will. Dabei sollen regionale Netzwerke auf kommunaler Ebene zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen. Der Freistaat unterstützt die Gesundheitsregionen plus durch Beratung und Fördermittel. GesundheitsregionenPlus gibt es in Stadt und Landkreis Hof, in Stadt und Landkreis Bamberg, in den Landkreisen Wunsiedel, Bayreuth, Forchheim, Bamberg, Coburg, Haßberge und Kronach. Die Gesundheitsregion Obermain wird seit 2012 sukzessive durch Erweiterung des Angebots weiterentwickelt.

In den letzten Jahren sind in Oberfranken positive Entwicklungen feststellbar. So wurden die Potenziale im Gesundheitswesen auf den Feldern Gesundheitstourismus, Wellness sowie gesundheitsbezogene Sport- und Freizeitangebote in allen Teilen Oberfrankens ausgebaut.

8.2.5.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Mit dem bayernweiten Konzept der Gesundheitsregionen werden Qualität und Vernetzung lokaler Versorgungsstrukturen und Präventionsangebote verbessert. Die Akteure vor Ort entscheiden über die notwendigen Maßnahmen, so dass die erarbeiteten Lösungen eine hohe Bindungswirkung und Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen.

Die Bündelung der seit Jahren bestehenden Ansätze „Gesundheitsregionen“, „Regionale Gesundheitskonferenzen“ und „Gesunder Landkreis – Runde Tische zur Gesundheitsförderung“ zu „Gesundheitsregionen plus“ führt zu Synergieeffekten und vermeidet Doppelstrukturen. Diesen Ansatz der Vernetzung gilt es auch in Oberfranken weiter zu verfolgen.

9 E-Government

E-Government in die Fläche tragen

9.1 Lage und Herausforderungen

Der Bund hat 2013, der Freistaat Bayern 2015 ein E-Government-Gesetz verabschiedet und damit Grundlagen für den Ausbau elektronischer Verwaltungsleistungen für Bürger und Wirtschaft gelegt. Das bayerische Gesetz wendet sich auch an Kommunen. Der Freistaat unterstützt diese bei wichtigen Fragestellungen zum einheitlichen Ausbau von E-Government, unter anderem indem er eine persönliche elektronische Signatur für Nutzer – die BayernID (eine ID für Unternehmen ist in Entwicklung) – zur Verfügung stellt und es Kommunen ermöglicht, ihre E-Government-Angebote neben denen des Freistaates auf dem Portal www.freistaat.bayern einzustellen. Dieses Portal enthält bereits eine Fülle an Leistungen für Bürger und Unternehmen, die in zu vielen Fällen allerdings noch nicht über die Information zu Verfahren und die Verfügbarkeit von Formularen, die auf Papier auszufüllen sind, hinausgehen.

Im Zuge der Reform des Finanzföderalismus wurde 2017 das sogenannte Onlinezugangsgesetz geschaffen. Dieses verpflichtet Bund und Länder, bis spätestens Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten und ihre Verwaltungsportale miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen.

Trotz dieser wichtigen Schritte hinkt Deutschland bei E-Government im internationalen Vergleich noch deutlich hinterher. Die Unternehmen erwarten an dieser Stelle mehr Tempo, auch bei der qualitativen Entwicklung der Verwaltung. Insgesamt sehen sich Bayerns Unternehmen zu viel öffentlicher Bürokratie ausgesetzt. Besserung erwarten sie von mehr Transparenz und einheitlichen Ansprechpartnern. In diesem Zusammenhang setzen laut der vbw Studie *Standort Bayern – Unternehmerperspektiven 2017* 57,8 Prozent der Unternehmer auf den stärkeren Ausbau von E-Government. Vor vier Jahren forderte das erst knapp die Hälfte.

9.2 Spezifische Aufgaben und Projekte

Die wesentlichen Kundenanforderungen an E-Government lassen sich schnell definieren: Es geht erstens darum, die gesuchten Verwaltungsleistungen über ein einheitliches, gut strukturiertes Portal schnell zu finden. Zweitens muss die einzelne Leistung nach sicherer und einheitlich geregelter Identifikation einfach genutzt werden können. Drittens muss der Prozess insgesamt so aufgelegt sein, dass er papierlos funktioniert und Ergebnisse sollten maschinenlesbar zur Verfügung gestellt werden. Viertens muss es zur Klärung von Zweifelsfällen oder komplexer Fragen möglich bleiben, persönlich in Kontakt mit der Verwaltung zu treten.

Damit stehen neben der Weiterentwicklung der eingangs geschilderten Instrumente zwei nächste große Schritte an, nämlich

- der Aufbau eines einheitlichen E-Government-Portals des Bundes mit Einbindung bayerischer E-Government-Angebote;
- die konsequente und breite Umstellung von Verwaltungsverfahren auf E-Government. Hier kommt es neben Bund und Land insbesondere auch auf die kommunale Ebene an, denn diese Ebene steht für die Masse der Behördenkontakte. Selbst von den 100 aus Unternehmenssicht wichtigsten und am häufigsten genutzten Verwaltungsleistungen fallen 20 Prozent zumindest auch in die Zuständigkeit von Kommunen. Am stärksten betrifft das Verwaltungsleistungen rund um Logistik und Transport sowie um die Unternehmensgründung.

9.2.1.1 Ausbaufortschritte

In Oberfranken gibt es eine Reihe von regionalen Projekten, die in den vergangenen Jahren ausgebaut wurden und zur Nachahmung anregen. E-Government stellt sich zum einen als Breitenaufgabe, zum anderen können Regionen mit E-Government spezifische Akzente setzen. Zu ihnen gehört die oberfränkische Initiative Gesellschaft 4.0: Digitales Land - Digitale Kommune. Im Rahmen des Projekts geht es darum, mithilfe der Digitalisierung einen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Nahversorgung und Logistik sowie digitale Verwaltung / E-Government zu leisten.

9.2.1.2 Bewertung und weiterer Bedarf

Die *Unternehmerperspektiven 2017* geben auch hier Aufschluss: Danach befürworten 65,3 Prozent der Unternehmer einen stärkeren Ausbau von E-Government.

Oberfranken setzt mit dem Projekt Digitales Land - Digitale Kommune ein wichtiges Zeichen für die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich E-Government. Die Erfahrungen aus diesem Projekt müssen gesammelt und sollten von allen oberfränkischen Kommunen genutzt werden.

Insgesamt bleibt die Aufgabe bestehen, dass die Behördenlandschaft in Oberfranken ihren Beitrag zum weiteren Ausbau von E-Government-Angeboten in aller Breite leisten muss. Das gilt für staatliche Verwaltungen genauso wie für jedes Landratsamt und jede Kommune. Die Herausforderungen, vor denen Kommunen speziell im Zusammenhang mit der Entwicklung von E-Government für die Wirtschaft stehen, hat die vbw schon 2015 in der Studie *Das digitale Rathaus* beschrieben.

Konkret müssen folgende Aufgaben weiter verfolgt werden:

- Weitere Umsetzung und Ausdehnung des Modellprojekts der Kfz-Zulassungsstellen Bayreuth Stadt und Land und Landkreis Kulmbach auf andere Zulassungsbehörden

- Ausbau des Modellprojekts der Stadt Coburg zur Interaktivität und Internetangebot über das kommunale Satzungs-, Antrags- und Informationswesen
- Flächendeckende Standardisierung von Internetangeboten bei Kommunen
- Ausbau der Möglichkeiten zur Interaktion zwischen Verwaltung und Bürgern / Unternehmen
- Ausbau der Angebote zur papierlosen Abwicklung der Verwaltungsvorgänge in den Kommunen
- Breiter Ausbau des E-Government-Angebots unter Einbindung der Stabsstelle für Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssysteme (CC DMS)
- Einrichtung regionaler Arbeitskreise zur Koordination von E-Government-Angeboten

Ansprechpartner / Impressum

Patrick Püttner

Geschäftsführer

Bezirksgruppe Oberfranken

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 09561-55 62-0

Telefax 09561-55 62-55

patrick.püttner@vbw-bayern.de

Volker M. Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-268

Telefax 089-551 78-249

volker.schilling@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de